

Presseerklärung

PDS eröffnete in Berlin den Wahlkampf.

"Kleiner Parteitag" in der Kongresshalle am Berliner Alexanderplatz

Die PDS startete am 28. Mai als erste Partei offiziell in den Wahlkampf. In der Kongresshalle am Berliner Alexanderplatz berieten Parteivorstand, Parteirat, Landes- und Fraktionsvorsitzende, die beiden Bundestagsabgeordneten sowie Ministerinnen und Minister mit PDS-Mandat über die nächsten Schritte. Die Partei will bei den vorgezogenen Neuwahlen den Wiedereinzug als Fraktion in den Bundestag schaffen. "Drei Jahre ohne PDS-Fraktion sind genug", sagte PDS-Vorsitzender Lothar Bisky in seiner Rede. Der Bundestag habe eine sozialistische Fraktion verdient und "linke Alternativen brauchen eine Adresse im Parlament". Er nannte fünf Projekte, mit denen sich die PDS an die Wählerschaft wenden sollte. Die Partei will sich für Arbeit in Würde einsetzen und soziale Verantwortung an die Stelle von Almosen und Ungerechtigkeit setzen. Konkret wird ein Mindestlohn von 1.400 Euro und eine Mindestrente von 800 Euro verlangt. Friedenspolitik soll einen hohen Rang erhalten. Wie die weiteren Rednerinnen und Redner ging Lothar Bisky auf ein mögliches Bündnis mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit ein. Das Wort "Chance" war in diesem Zusammenhang das meist benutzte Wort. So wertete auch der Vorsitzende ein Zusammengehen von PDS und WASG als eine Zukunftschance. Für die unmittelbar bevorstehende Bundestagswahl müssten alle wahlrechtlichen Probleme penibel geprüft werden.

Bundewahlkampfleiter Bodo Ramelow sagte, wenn Bundeskanzler Schröder eine Volksabstimmung über seine Politik beabsichtige, dann solle er sie haben. Die Agenda 2010 und Hartz IV - das sei es, was uns von der SPD trenne. Er schlug vor, das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Kersten Naumann als Sprecherin des Parteirates wertete die vor der Partei stehenden Aufgaben als die größte Herausforderung in ihrer Geschichte.

Der Wahlparteitag - die 2. Tagung des 9. Parteitages - wird am 20. oder 27. August in Berlin stattfinden. Das beschlossen Parteivorstand und Parteirat in getrennten Abstimmungen ohne Gegenstimmen.

Möglicher Meilenstein für die Linke.

Lothar Bisky auf der Pressekonferenz am 11. Juni 2005 im Berliner Karl-Liebknecht-Haus.

Im Ergebnis mehrerer Sondierungsgespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative (WASG) und der Partei des Demokratischen Sozialismus entstanden Vorschläge, über die die Gremien beider Parteien zu entscheiden haben:

PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre ein neues Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen. PDS und WASG wollen bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 nicht gegeneinander antreten. Die PDS wird ihre Listen zur Bundestagswahl auch Mitgliedern der WASG öffnen. Diesen Zielstellungen hat der Parteivorstand der PDS heute (11.6.) zugestimmt. Es gab nur eine Gegenstimme. Wenn wir - PDS und WASG - den eben skizzierten Weg einschlagen, könnte das Jahr 2005 zu einem Meilenstein für die Linke in Deutschland werden. Angestrebt wird das Zusammengehen zweier linker Kräfte, die einen erheblichen Vorrat an Gemeinsamkeiten in ihren politischen Absichten und Zielen haben, die aber einen unterschiedlichen historischen Hintergrund haben und sich auch auf unterschiedliche soziale und politische Milieus stützen. Daraus kann nach meiner Überzeugung eine Partei entstehen, die sich parlamentarisch als drittstärkste politische Kraft in der Bundesrepublik entwickeln kann. Selbstverständlich freue ich mich über die Chance, dass dieses linke Projekt mit den Namen Gregor Gysi und Oskar Lafontaine verbunden sein kann.

PDS und WASG - um einige Inhalte anzudeuten - stehen für Arbeit in Würde, gegen Massenarbeitslosigkeit und gegen die Hartz-Gesetzgebung; für Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit; für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung; für eine soziale und demokratische Bildungsreform; für ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen; für mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie und für eine tolerante Gesellschaft, gegen Rassismus und Rechtsextremismus, für einen friedenspolitischen Aufbruch, für Abrüstung und Konversion. Es sind erste klare Vorstellungen dazu entwickelt worden, wie der Prozess einer Vereinigung solidarisch gestaltet werden kann. Dazu verständigt sich heute unser Parteivorstand und morgen eine Versammlung aller Landesvorstände der WASG. Über das Agieren beider Parteien bei einer vorgezogenen Bundestagswahl 2005 wurde während der Gespräche zwischen PDS und WASG lange diskutiert. Gemeinsam gelangten wir zu dem Schluss, dass es relevante politische, juristische und materielle Fragen sind, die einem - wie auch immer gestalteten - aktuellen Zusammenschluss von PDS und WASG entgegenstehen. Auf dieser Grundlage steht jetzt das Angebot der PDS, ihre Listen auch für Mitglieder der WASG zu öffnen.

Der Parteivorstand der PDS meint, dass es richtig wäre, die erweiterte Identität und die mit der Vereinigung angestrebte neue Qualität bereits im bevorstehenden Bundestagswahlkampf deutlich zu machen. Ausdruck dafür wäre ein neuer Name der PDS. Wir schlagen den Namen "Demokratische Linke - PDS" vor.

Ich möchte nur so viel dazu sagen: Ich kann es verstehen, dass es für Mitglieder der WASG schwer ist, auf Listen einer Partei anzutreten, deren Namen besonders im Westen Deutschlands nicht immer einen positiven Klang hat - ein Umstand, gegen den ich auftrete, dessen Existenz ich aber nicht bestreite. Andererseits ist es für die PDS unverzichtbar, sich auch über den Namen zum Ziel eines demokratischen Sozialismus zu bekennen.

Es gibt Alternativen! Für Arbeit, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie! Gegen den neoliberalen Zeitgeist.

Gesprächsergebnis zwischen *Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative (WASG)* und *Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)*

Präambel:

Die Delegationen haben sich in den Gesprächen auf folgende politische Ziele verständigt: *Es gibt Alternativen! Für Arbeit, Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie! Gegen den neoliberalen Zeitgeist.*

Beide Seiten setzen sich konkret ein für

- Arbeit in Würde. Arbeitsplätze jetzt! Hartz IV muss weg!
- Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit. Für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung!
- Für eine soziale und demokratische Bildungsreform! Für längeres gemeinsames Lernen!
- Für ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen!
- Für mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie und eine tolerante Gesellschaft! Gegen Rassismus und Rechtsextremismus!
- Für einen friedenspolitischen Aufbruch, für Abrüstung und Konversion!

1.

Die Delegationen sind sich einig, ihren jeweiligen Parteien eine Vereinigung miteinander vorzuschlagen. Sie werden im Interesse der Einheit der demokratischen Linken engagiert für dieses Ziel kämpfen. Der Vereinigungsprozess soll spätestens zwei Jahre nach einer für das Jahr 2005 vorgezogenen Bundestagswahl abgeschlossen sein. Die Art der Vereinigung soll wie zwischen den Parteien "Die Grünen" und "Bündnis 90", wenn auch in umgekehrter Hinsicht, erfolgen.

2.

Zur Vorbereitung der Vereinigung wird eine gemeinsame Kommission gebildet. Beide Parteien entsenden paritätisch Mitglieder. Die Kommission soll folgende Dokumente erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise der Vereinigung der Parteien. Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zur Vereinigung der beiden Parteien in Form gleichberechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass zentrale Gremien paritätisch besetzt sind.

3.

In Anbetracht des Planes der Vereinigung beider Parteien und der gegebenen politischen Situation wäre ein getrennter und konkurrierender Antritt zu vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 ein schwerer politischer Fehler. Vorstellungen der einen Partei, vor der Wahl 2005 gemeinsam eine neue Partei zu gründen, scheiterten aus politischen und juristischen Gründen. Deshalb verständigten sich beide Delegationen darauf, dass nur eine der beiden Parteien antritt. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und Stellung in der Gesellschaft wird deshalb nur die PDS antreten. Die Delegation der PDS strebt in ihrer Partei aber Beschlüsse an, die das Bündnis, die erweiterte Identität und die mit der

Vereinigung angestrebte neue Qualität zum Ausdruck bringen. Dazu wird in kürzester Zeit von beiden Delegationen ein gemeinsamer Vorschlag für einen Parteinamen unterbreitet, den die PDS auf ihrem kommenden Parteitag zur Abstimmung stellt. Sie wird außerdem die Landesverbände dringend auffordern, Kandidatenvorschläge der Parteiführung zu berücksichtigen.

4.

Die Gespräche werden fortgesetzt, um die besprochenen Punkte weiter zu konkretisieren und weitere Schritte des gemeinsamen Vorgehens zu vereinbaren.

Klaus Ernst
Für die WASG

Lothar Bisky
Für die PDS

17. Juni 2005

Rede von Katja Kipping auf dem Bundesparteitag der WASG in Kassel am 03. Juli 2005

Liebe Mitglieder der WASG, liebe Freunde und Freundinnen und lasst mich als verdi-Mitglied hinzufügen liebe Kolleginnen und Kollegen

„Aufbruch gegen den neoliberalen Einheitsbrei – so ein Motto Eures Parteitages. Und ich meine es ist höchste Zeit für diesen Aufbruch. Ich hoffe, wir nehmen ihn gemeinsam in Angriff.

Die Aufnahme der Gespräche über eine mögliche Kooperation zwischen WASG und PDS haben uns viele Diskussionen, so manche Kritik und nicht nur den Verhandlungsführern so manche schlafarme Nacht beschert. Aber, ich meine, wir hatten und haben guten Grund diese Gespräche aufzunehmen – und das mit der klaren Zielstellung, einen gemeinsamen, für beide Seiten akzeptablen Weg der Kooperation zu finden.

Das ständige Bekämpfen der Linken untereinander hat vor allem einem genützt - dem Neoliberalismus und diese Ideologie hat schon viel zu viel Schaden angerichtet, als dass man sie weiter so gewähren lassen könnte!°

Wahlarithmetik folgt eigenen Gesetzen. Die Überschrift zwei mal 4,9 % sind weniger als 5% brachte das auf dem Punkt.

Und der Einzug einer linken Fraktion im Bundestag ist kein Selbstzweck. Es geht eben nicht darum, ein paar Leute mit Bundestagsmandaten zu versorgen.

Es geht darum, dass es im Bundestag endlich wieder eine Fraktion gibt, die ihre Stimme erhebt, wenn den sozial Schwachen immer wieder in die Tasche gegriffen wird, während Einkommensmillionäre von der Steuerreform profitieren. Es geht darum, dass im Bundestag eine Fraktion sitzt, die den neoliberalen Irrglauben, es gäbe keine Alternativen, Lügen straft.

Hätte es im jetzigen Bundestag eine linke Fraktion gegeben, hätten wir direkt mit einem Normenkontrollverfahren gegen Hartz IV vors Verfassungsgericht ziehen können und vielleicht sogar das Gesetz kippen können. So sind die Betroffenen auf den langen Weg durch die Instanzen angewiesen.

Damit überhaupt noch im Parlament über die Entsendung von Truppen zu Kriegseinsätzen ins Ausland debattiert wird, bedarf es einer Fraktion, die das Thema auf die Tagesordnung hebt. Und ich meine, der nächste Bundestag verdient eine solche Fraktion, die konsequent für Abrüstung streitet!

3. WASG und PDS verfügen über jeweils spezifische Erfahrungshintergründe. Ein Austausch dieser unterschiedlichen Erfahrungshintergründe kann unser beider Wirken bereichern. Die PDS allein auf den Osten zu begrenzen, würde unseren vielen Mitgliedern im Westen, die sich aktiv in Kommunalparlamenten, Bürgerinitiativen und Hochschulgruppen einsetzen, unrecht tun. Doch die PDS hat eine Ostkompetenz einzubringen, die für das Wirken der Linken bundesweit von Vorteil sein kann. Damit meine ich nicht Ostkompetenz im Sinne der Traditionsmeierei, sondern Ostkompetenz im Sinne von Transformationskompetenz. Die Probleme strukturschwacher Regionen wie der Lausitz, wo defakto jeder Dritte arbeitslos ist und Abwanderung auf der Tagesordnung steht, werden leider auch zunehmend mehr Krisenregionen in den alten Bundesländern beschäftigen.

Im Osten kann man sich zudem noch gut daran erinnern, dass längeres gemeinsames Lernen nicht nur in Finnland möglich ist. Es ist doch ein Skandal, dass die Bildungsmöglichkeiten eines Kindes immer mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Und den Bildungspolitikern des neoliberalen Parteienquartetts nicht besseres einfällt als

nach Finnland zu reisen, dort große Augen zu machen und sobald sie zurück sind, alles wieder zu vergessen.

Zu den Kompetenzen, die die PDS einbringen kann, gehören auch die Erfahrungen, die wir in der Auseinandersetzung mit den Fehlern der DDR gewonnen haben. Dazu gehört die Erkenntnis, dass es falsch ist, Grund- und Freiheitsrechte – und dazu gehört das Verbot von Folter – auf dem Altar vermeintlicher Sicherheit zu opfern. Wer im Namen vermeintlicher Sicherheit, Freiheit angreift verliert am Ende beides.

Hinzukommt, dass wir innerhalb der Linken, der sozialen Bewegung eine enorme Aufbruchsstimmung und Erwartungshaltung beobachten können. Diese Erwartung gilt es nicht zu enttäuschen! Hierfür tragen wir eine Verantwortung!

Egal, wer am Ende womöglich den Schwarzen Peter in den Händen halten würde. Ein Scheitern unserer Zusammenarbeit würde Enttäuschung und Frust hervorrufen, die am Ende beide Seiten treffen würde und das nicht nur am Wahltag!

Die Tatsache, dass wir uns bei den Verhandlungen in inhaltlichen Fragen sehr schnell einig werden konnten, spricht für sich.

Als offensichtlich wurde, dass die Gespräche am Ende an der Namensfrage zu scheitern drohten, hat aus all den genannten Gründen, der PDS-Vorstand für den 17. Juli einen außerordentlichen Parteitagstagung einberufen. Wir schlagen dem Parteitag vor, die PDS umzubenennen in „Die Linkspartei“. Die Partei wird den Zusatz „PDS“ tragen, wobei einzelne Landesverbände über dessen Verwendung auf Landesparteitagen entscheiden. Wir gehen davon aus, dass die Landesverbände Berlin und in den neuen Bundesländern den Zusatz „PDS“ beschließen werden. Wir nehmen an, dass das in einigen West-Landesverbänden anders sein wird.

Dafür werbe ich bei den Delegierten des Bundesparteitages und bei den Landesverbänden!

Klaus Ernst attestiert ja dem Kürzel PDS eine fehlende erotische Ausstrahlung. Nun Klaus, Erotik ist ja auch Geschmackssache. Das beweist ja dein Kollege Thomas Händel, der in so trockenen Bereichen wie Parteirecht Erotik findet. Insofern finde ich es müßig darüber zu resümieren, welche Partei mehr erotische Ausstrahlung hat. Entscheidend ist schließlich, dass die Attraktivität der Linken insgesamt zunimmt und damit ihre politische Handlungsfähigkeit gestärkt wird.

Nun bekommen wir in unserer Partei so manchen Einwand gegen diesen Vorschlag gehören. Ich möchte Euch die häufigsten nicht vorenthalten. Nicht um zu jammern, sondern weil Wissen übereinander und Verständnis für die Probleme des anderen eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Kooperation sind.

Ein Einwand lautet: Nun wird eine erfolgreiche ostdeutsche Marke verkauft. So nach dem Motto: Was die Treuhand nicht geschafft, schafft die WASG jetzt mit links. Nun ist Rotkäppchen die einzige ostdeutsche Marke, die die Wiedervereinigung überlebt hat. Neben der Sorge um die Widererkennbarkeit für unsere Wähler gibt es noch eine ganz grundsätzliche Sorge. Die Sorge, dass mit der Namensänderung der gesellschaftskritische Charakter der PDS aufgegeben wird und wir künftig in unserem Denken an den Grenzen des Kapitalismus halt machen.

Und es gibt Bedenken, dass im Zuge des Zusammengehens so manche emanzipatorische Errungenschaft in der PDS aufgekündigt wird. Dabei geht sowohl um die Rolle von Selbstbestimmung und Grundrechten sowie um Fragen der Gleichstellung, die Frage nach einer quotierten Rednerinnenliste. Ich sag es mal so, bei der PDS wäre es wohl nicht vorgekommen, dass zu Beginn eines Parteitages fünf Männer hinter einander reden. Am Ende geht es natürlich um Identität. Die Veränderungen sind sicherlich für beide Seiten kein Zuckerschlecken. Aber letztlich sind wir alle angetreten, um diese Gesellschaft zu verändern, das sollte die Fähigkeit einschließen, sich selbst zu verändern!

Dass nun sowohl in WASG wie auch in der PDS viel Kritik zu hören ist, ist trotzdem positiv. Zum einen zeichnen sich gute Kompromisse dadurch aus, dass keine Seite triumphierend aus den Verhandlungen herausgehen kann. Zum anderen ist die Kritik ja auch ein Ausdruck für die Lebendigkeit und Aufmüpfigkeit beider Parteien. Und Parteien, die diese Gesellschaft verbessern wollen, brauchen Widerstandsgeist.

Zugegeben, es gab so einige Punkte bei den Verhandlungen, wo einem danach sein konnte, alles hinzuschmeißen, so hartnäckig haben Eure Verhandlungsführer für Ihre Interessen gestritten. Das ist nicht als Vorwurf sondern als Kompliment an Euere Verhandlungsfähigkeiten gedacht.

Aber in solchen Situationen habe ich immer an die Aussage eines Genossen gedacht: Die PDS ist kein Selbstzweck. Wir haben auch eine Verantwortung gegenüber der gesamten Linken in diesem Land. Und ich meine, sowohl PDS als auch WASG haben gerade in der jetzigen Situation eine Verantwortung, die weit über ihren Selbstzweck hinausgeht. Also seien wir nicht selbstgenügsam und nutzen wir die sich abzeichnende Sogwirkung sinnvoll!

Noch so manche Hürde ist zu nehmen. Die beiden entscheidenden sind wohl Eure Urabstimmung und der PDS Bundparteitag am 17. Juli, der mit zwei Dritteln der gewählten Delegierten dem Vorschlag des Parteivorstandes zur Namensänderung beschließen muss. Liebe Mitglieder der WASG, ich hoffe wir nehmen diese beiden Hürden, um danach gemeinsam für soziale Gerechtigkeit zu streiten.

Denn dieser Bundestag war viel zu lange ohne eine linke Fraktion, die für soziale Gerechtigkeit streitet.

Und die soziale Ungerechtigkeit in diesem Land trägt viele Gesichter. Natürlich ist es - und hier verweise ich auf einen Text von Rainer Rilling und Christoph Spehr zu den Herausforderungen, denen sich eine neue linke Kooperation stellen muss -

Natürlich ist es ungerecht, dass ein Facharbeiter, der nach 25 Jahren im Betrieb seinen Arbeitsplatz verliert, binnen weniger Monate vor dem Nichts steht. Aber ist es weniger ungerecht, dass eine allein Erziehende, die 25 Jahre lang Kinder erzieht, eigentlich ständig am Rande dieses Nichts steht?

Natürlich ist ungerecht, dass ein Beschäftigter im Fall einer Verlagerung seines Betriebes ins Ausland existenziell bestraft wird für etwas, wofür er nichts kann. Aber kann eine Migrantenfamilie „mehr dafür“, wenn ihr Heimatland im Interesse der global players ausgebeutet wurde?

Ja, dieses Land braucht eine Fraktion, die sich für Rentner, Kinder Beschäftigte und Erwerbslose einsetzt. Doch ebenso dringend braucht dieses Land eine gesellschaftliche Kraft, die sich für Frauen, Männer und Kinder einsetzt, die in Not oder auf der Flucht vor Folter in ihrem Land zu uns kommen!

Und es ist doch nicht hinnehmbar, dass so mancher Asylbewerber weniger Wohnraum zur Verfügung hat als das Tierschutzgesetz als Mindestraum für einen Schäferhund vorschreibt. Gegenwärtig sind viele hier lebende Roma und Sinti von einer waren Abschiebewelle bedroht - und das im Jahr des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Damit sollten wir uns nicht abfinden!

Insofern bin ich sehr froh, dass sich WASG und PDS in den Verhandlungen bereits deutlich dafür ausgesprochen haben, dass der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus sowie das Streiten für eine offene Gesellschaft ein Schwerpunkt unserer gemeinsamen Arbeit werden soll.

In den letzten Tagen haben sich verschiedene antifaschistische und antirassistische Initiativen auf einen Aufruf verständigt. In dem sie - entgegen ihrer sonstigen grundsätzlich kritischen Haltung gegenüber Parteien - solidarisch Bezug auf das neue linke Projekt nehmen und angesichts der von der NPD verkündeten Unterwanderungsversuche anregen, wir sollten uns gegen die Residenzpflicht und für einen Stopp der Abschiebungen einsetzen. Liebe Freunde, lasst uns diese Anregung aufgreifen!

Liebe Freunde, sollten unser gemeinsames Projekt am Ende doch noch scheitern, würde sich so mancher ins Fäustchen lachen. Angela Merkel müsste gar nicht erst so tun, als kümmere sie sich um die Probleme der sozial Schwachen. Die SPD könnte erleichtert ihr Engagement der letzten Wochen für höhere Löhne zu den Akten legen. Die Grünen, von denen wir ja schon so manchen Etikettenschwindel erlebt habe – Ihr erinnert Euch, sie haben uns eine Steuer, durch die Bus und Bahn fahren teurer wurde, als Ökosteuern verkauft – würden sich sofort das Etikett moderne linke Partei anheften und die FDP würde gemeinsam mit den Unternehmern die Sektkorken - wobei es sich sicherlich nicht um Rotkäppchensekt handelt wird - knallen lassen.

Nein, diese Freude gönne ich dem neoliberalen Parteienquartett nicht!

Stattdessen wünsche ich uns allen und denjenigen, die bisher unter der Politik des neoliberalen Parteienquartetts gelitten haben, eine linke gesellschaftliche Kraft, die auch im Bundestag wirken kann. Ich hoffe, wir packen das gemeinsam an!

Kooperations- und Fairnessabkommen

In Fortsetzung der Gesprächsvereinbarungen vom 17. Juni 2005 formulieren wir in Folgendem ein Kooperations- und Fairnessabkommen

1. Grundsatzvereinbarung

Das Gesprächsergebnis vom 17. Juni 2005 bildet die Grundlage der weiteren Gespräche. Sie haben die Aufgabe, das Gesprächsergebnis zu konkretisieren und um mündlich erörterte Themen zu ergänzen.

Vor dem Hintergrund offener Fragen ist festzustellen, dass in beiden Parteien noch viel Unsicherheit und Unkenntnis gegenüber unserem gemeinsamen Projekt existieren. Beide Parteivorstände werden deshalb

- zum maßvollen und fairen Umgang miteinander aufrufen,
- regelmäßig gemeinsame offizielle Erklärungen über den Stand der Verhandlungen abgeben,
- eine gemeinsame Clearing-Gruppe einrichten, die mögliche Missverständnisse und Konflikte ausräumt und gravierende Vorwürfe und Zerwürfnisse moderieren soll.

2. Namen

Die PDS hat auf ihrem Parteitag am 17. Juli 2005 ihren Namen geändert, um damit Parteilosen und Kandidatinnen und Kandidaten der WASG die Kandidatur auf ihren offenen Listen zu ermöglichen. Die Delegierten verbinden damit zugleich, dass ihnen eine Namensänderung als Symbol des Aufbruchs für ein erweitertes Projekt der Linken wichtig ist.

Mit dem Parteitagsbeschluss vom 17. Juli 2005 heißt die vormalige PDS nun "Die Linkspartei". PDS ist die Zusatzbezeichnung. Die Kurzbezeichnung ist Die Linke.

Die Bezeichnung "PDS" wurde satzungsgemäße Zusatzbezeichnung im Sinne von § 4, Absatz 1, Satz 2 Parteiengesetz mit der Folge, dass sie in Landesverbänden zugefügt oder weggelassen werden kann. Darüber hat inzwischen die Mehrzahl der Landesverbände der Linkspartei ihre Namens-Entscheidungen getroffen.

3. Gemeinsame programmatische Grundlagen

Folgende sechs Punkte werden als Ergänzung der Grundsatzvereinbarung vom 17. Juni 2005 festgehalten.

"Beide Seiten setzen sich ein für

1. Arbeit in Würde - Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dazu brauchen wir
 - a. eine Stärkung der Binnenwirtschaft und ihre Ausrichtung auf sozial und ökologisch sinnvolle Güter und Dienstleistungen. Die Arbeitseinkommen folgen dem Produktivitätszuwachs und Preissteigerungen. Mindestlöhne und Ausbildungsplatzabgabe werden eingeführt.

- b. mehr sozial und ökologisch sinnvolles Wirtschaftswachstum; wir sind für ein umfangreiches und längerfristig angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau des Bildungswesens und sozialer Dienstleistungen;
 - c. begrenzte und verkürzte Arbeitszeiten. Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung muss ausgebaut werden;
 - d. eine Rückkehr zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik;
 - e. die Sicherung und den Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung in Wirtschaft und Unternehmen.
2. Solidarität und soziale Verantwortung statt Ungerechtigkeit, Almosen und Gleichgültigkeit. Weg mit Hartz IV. Den Ausbau der Krankenversicherung zu einer solidarischen BürgerInnenversicherung; eine Lebensstandard sichernde gesetzliche Alterssicherung und eine solidarisch finanzierte Pflegeversicherung. Für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung.
 3. Für eine soziale und demokratische Bildungsreform, ein kostenfreies Bildungssystem für alle.
 4. Für zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen.
 5. Für mehr Bürgerrechte mit direkter Demokratie und eine tolerante Gesellschaft! Gegen Rassismus und Rechtsextremismus! Gegen Kriegseinsätze, für Abrüstung und Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion.
 6. Wir werden uns nicht an einer Bundesregierung beteiligen, die Sozialabbau betreibt oder einen solchen tolerieren.

Diese politischen Orientierungen sind alles andere als leichtfertige Versprechen. Zu deren Durchsetzung ist eine dringende Neuordnung der Finanz- und Steuergesetzgebung erforderlich, für die wir uns mit konkreten Vorschlägen einsetzen. Konsequente Opposition gegen die neoliberale Politik und machbare Alternativen aufzuzeigen, sehen wir als zentrale Herausforderung, um die Mehrheit der WählerInnen aus der politischen Resignation herauszuholen. Die Berliner Republik steckt in der tiefsten politischen Krise seit ihrer Gründung. Da die Parteien der repräsentativen Demokratie immer weniger die Opfer der marktradikalen Politik vertreten, versuchen beide Parteien einen Neuanfang: wir wollen eine demokratische Linke, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern in den breiten Schichten und insbesondere bei den Menschen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen, verankert ist. Wir wollen eine Partei sein, die Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamtinnen und Beamten, Hartz 1V-Opfern und allen Erwerbslosen, Mini-Jobber/-innen, Zeitarbeiter/-innen mit suspendiertem Kündigungsschutz, Selbständigen, Freiberuflern, Gewerbetreibenden und Unternehmern kleiner und mittlerer Betriebe, Rentnerinnen und Rentnern oder Eltern, die ihre Kinder in baufällige Schulen schicken müssen, eine hörbare und nicht zu ignorierende Stimme im Parlament und in der Öffentlichkeit geben."

Für die Weiterbearbeitung und Aufbereitung gemeinsamer Positionen benennen beide Seiten eine gleiche Zahl von Vertreterinnen.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Über den Stand der Verhandlungen wird in gleich lautenden Presserklärungen informiert. Diese sind von den Verhandlungskommissionen freizugeben und hinsichtlich des Termins der Veröffentlichung verbindlich zu verabreden. Dies gilt ebenfalls für die Informationen über den Stand der Verhandlungen an die Gremien beider Parteien.

5. Mittelfristige Perspektive

Das Gesprächsergebnis vom 17. Juni 2005 wird in den Punkten 1 und 2 wie folgt konkretisiert:

Zu 1. Die Delegationen sind sich einig, ihren jeweiligen Parteien ein konkretes Projekt der Neugruppierung der politischen Linken vorzuschlagen. WASG und Die Linkspartei.PDS wollen durch konkrete Schritte einen Verständigungsprozess der demokratischen Linken voran bringen. In einer neuen politischen Partei könnten die Formation einer breiten gesellschaftlichen Protestbewegung gegen das neoliberale Gesellschaftsprojekt gestärkt und konkrete Alternativen gemeinsam vorangetrieben werden.

Wir wollen in offenen Foren die politischen Gemeinsamkeiten, die historisch- kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen in eine gemeinsame politische Organisation einbringen. In den nächsten Monaten, verstärkt nach der Bundestagswahl, sollen konkrete Foren, Kommissionen und Etappen vereinbart werden, so dass den beteiligten Parteien und Organisationen eine begründete Entscheidung möglich wird, ob und unter welchen Bedingungen eine gemeinsame politischen Formation entstehen kann.

Zu 2. Zur Vorbereitung, Durchführung und politischen Steuerung dieser Neugruppierung der demokratischen Linken wird eine gemeinsame Kommission gebildet, die für andere Partner offen ist. Zunächst entsenden beide Parteien paritätisch Mitglieder; über die Ausweitung wird einvernehmlich entschieden. Die Kommission soll nach einer Phase breiter Debatten folgende Dokumente erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise einer politischen Formation der demokratischen Linken. Beide Seiten bekräftigen, dass der Weg zu einer solchen Formation, in der beide aufgehoben sein können, in Form gleichberechtigter Partnerschaft erfolgt. Deshalb wird in der neuen Partei für einen Übergangszeitraum geregelt, dass in zentralen Gremien einvernehmlich die Partner paritätisch vertreten sind.

Der Punkt 3 bleibt in der Version des Gesprächsergebnisses vom 17. Juni 2005.

6. Vereinbarungen zur weiteren Zusammenarbeit

Zur Bundestagswahl am 18. September 2005 tritt "Die Linkspartei.PDS" an. Sie öffnet ihre Listen für Nicht-Mitglieder, darunter für Mitglieder der WASG.

Die WASG unterstützt politisch den Wahlkampf der Partei "Die Linkspartei." und fordert Wählerinnen und Wähler, aber auch die Mitglieder und Anhänger der WASG zu deren Wahl auf.

Politisch beratend werden - auf Vorschlag des WASG-Bundesvorstandes - Mitglieder der WASG in die Arbeit des Wahlquartiers und des Wahlbüros der Linkspartei und in die Arbeit am Wahlprogramm der Linkspartei einbezogen. Vertreter/innen der WASG nehmen

als Gäste am Wahlparteitag der Linkspartei teil, erhalten im Rahmen der Geschäftsordnung Rederecht und werden beratend in die Arbeit der Antragskommission einbezogen.

Der Parteivorstand der Linkspartei wird am Montag, dem 19. September 2005, zu einer ersten Bewertung der Ergebnisse der Bundestagswahl zusammenkommen und erste Konsequenzen beraten. Daran nehmen Vertreter/innen des WASG Bundesvorstandes teil.

Beide Seiten vereinbaren weitere Gespräche über die Grundsätze der Zusammenarbeit und der Finanzierung einzelner Gremien, die zu programmatischen und strategischen Fragen einer demokratischen Linken arbeiten, um das gemeinsam angestrebte Projekt inhaltlich innovativ und nachhaltig zu gestalten.

Alle getroffenen Vereinbarungen und Abreden - einschließlich der Ergebnisse von gemeinsamen Arbeitsgruppen - sind schriftlich niederzulegen und den Verhandlungskommissionen zur Kenntnis zu geben.

Für die WASG
Bundesvorstand

Für die Linkspartei.PDS
Parteivorstand

Berlin/Fürth, den 4. August 2005

Kooperationsabkommen III

Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG

1. Die Linkspartei.PDS, die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, und die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative (WASG), die sich an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit orientiert und für die solidarische Umgestaltung der Gesellschaft einsetzt, wollen bis spätestens 30. Juni 2007 die freie Vereinigung der gesellschaftlichen Linken in der ersten wirklich gesamtdeutschen Partei erreichen.

2. Die neue Partei erstrebt eine emanzipatorische, demokratische und soziale, friedliche und ökologisch verträgliche Zukunft der Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist.

Zur Politik der neu gebildeten Partei sollen Widerstand und Protest ebenso zählen wie der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung und die Entwicklung über den Kapitalismus hinausweisender gesellschaftlicher Alternativen.

3. Die Partei entsteht durch den Prozess des Zusammenwachsens von Linkspartei.PDS und WASG. Der konkrete Rechtsweg, der Parteiname sowie Satzung und Statuten sind noch gesondert zu vereinbaren und zu beschließen.

In der pluralistischen Partei sollen alle Menschen einen Platz haben, die gegen die gegenwärtigen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand leisten, sie verändern und schrittweise überwinden wollen.

Die Mitgliedschaft ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden.

Mitglied kann nicht sein, wer faschistisches, rechtsextremistisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut vertritt.

4. Im Prozess der Parteibildung werden die Mitglieder beider Parteien auf allen Ebenen gemeinsame politische Diskussionen, Projekte, Aktionen und Kampagnen anstreben. In offenen überregionalen Foren sowie in Veranstaltungen in Ländern und Kreisen sollen die politischen Gemeinsamkeiten, aber auch die historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen erörtert werden.

Dazu gehören insbesondere Fragen und Problemkreise wie

- Zum Verhältnis von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung.
- Was bedeutet "Links" heute und was verbinden wir mit "Demokratischem Sozialismus"?
- Zur grundsätzlichen Haltung zu Regierungsbeteiligungen und den praktischen Erfahrungen und Ergebnissen.
- Zur Geschichte des "realen Sozialismus" in der DDR und der Linken in der Alt-Bundesrepublik.
- Zu unserem Verhältnis zu anderen sich "links" definierenden Strömungen und andere mehr.

5. Über den Abschluss des Parteibildungsprozesses entscheiden in beiden Parteien Bundesparteitage und Urabstimmungen der Mitglieder.

Zur Begleitung des Parteibildungsprozesses bilden beide Parteien

- eine gemeinsame, paritätisch besetzte Steuerungsgruppe, in der alle inhaltlichen und organisatorischen Grundfragen des Parteibildungsprozesses beraten und Aufträge an die Fachgruppen ausgelöst werden. Die Steuerungsgruppe informiert beide Parteivorstände und bereitet Entscheidungen dieser Gremien vor.
- paritätisch besetzte Fachgruppen:
 - zur Programmatik und politischen Strategie
 - zu statutarisch-organisatorischen Fragen
 - zu finanziell-materiellen und rechtlichen Fragen
 - zu internationalen Parteibeziehungen
- einen Beirat, dem vorwiegend externe Vertreter/innen - zum Beispiel aus Wissenschaft, Kunst und Kultur - angehören. Der Beirat soll den Parteibildungsprozess beratend begleiten sowie im Konfliktfall angerufen werden können.

6. Die Linkspartei.PDS und die WASG bekunden nachdrücklich ihre Absicht, auf keiner Ebene bei Wahlen konkurrierend anzutreten. Bei künftigen Wahlen bis zur Gründung der neu gebildeten Partei wird einvernehmlich und kooperativ über die Form des Antritts und der Listennominierung entschieden. Dieser Prozess wird so gestaltet werden, dass der Charakter der neuen Linken in der Listennominierung, der Namensgebung und in der Wahlkampfgestaltung widergespiegelt und der Prozess der Parteiwerdung der neuen Linken unterstützt wird. Die Parteivorstände werden dies auf allen Ebenen mit Nachdruck vertreten.

7. Die Vorstände von Linkspartei und WASG in den Ländern und Kreisen werden gebeten, auf der Grundlage dieser Vereinbarung Festlegungen für ihre Verantwortungsbereiche zu treffen.

8. Die Linkspartei.PDS und die WASG arbeiten als Mitglieds- bzw. Beobachterpartei in der Partei der Europäischen Linken mit.

9. Die Linkspartei.PDS schafft die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft von Mitgliedern der WASG bis zum Abschluss des Parteibildungsprozesses. Der Bundesvorstand der WASG hat beschlossen, dem nächsten Parteitag seiner Partei die diesbezügliche Veränderung der Satzung der WASG zu empfehlen.

Für Die Linkspartei.PDS:

Lothar Bisky

Bodo Ramelow

Für die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative:

Klaus Ernst

Thomas Händel

Berlin, am 6. Dezember 2005

Arbeitsgruppen

zur Parteibildung von Linkspartei.PDS und WASG

"Zur Begleitung des Parteibildungsprozesses bilden beide Parteien eine gemeinsame, paritätisch besetzte Steuerungsgruppe, in der alle inhaltlichen und organisatorischen Grundfragen des Parteibildungsprozesses beraten und Aufträge an die Fachgruppen ausgelöst werden. Die Steuerungsgruppe informiert beide Parteivorstände und bereitet Entscheidungen dieser Gremien vor." (*Aus dem Kooperationsabkommen III vom 06. Dezember 2005*)

STEUERUNGSGRUPPE

Linkspartei: Lothar Bisky, Katja Kipping, Katina Schubert, Dagmar Enkelmann Bodo Ramelow, Dietmar Bartsch, Karl Holluba

WASG: Dolores Rente, Klaus Ernst, Heinz Hillebrand, Christine Buchholz, Biggi Ostmeyer, Axel Troost, Urike Zerhau

Sekretariat: Helge Meves, Olaf Weichler, Volker Steinke und Yvonne Seifert

PROGRAMMGRUPPE

Linkspartei: Bernd Ihme, Katina Schubert, Konstanze Kriese, Michael Brie, Wolfgang Gehrcke, Dieter Klein

WASG: Joachim Bischoff, Julia Müller, Ralf Krämer, Axel Troost, Janine Wissler

GRUPPE ORGANISATION UND STATUT

Linkspartei: Hans-Henning Adler, Andrea Johlige, Jens Matthis, Claudia Gohde

WASG: Manfred Coppick, Werner Dreibus, Peter Vetter, Felicitas Weck

GRUPPE ORGANISATION UND FINANZEN

Linkspartei: Uwe Hobler, Karl Holluba, Ruth Kampa, Gerd Buddin

WASG: Thomas Händel, Peter Vetter

GRUPPE INTERNATIONALES

Linkspartei: Helmut Scholz, Karin Kulow, Norbert Hagemann

WASG: Sabine Lösing, Christine Buchholz, Fritz Schmalzbauer

GRUPPE JUGEND

Dominic Heilig (*Junge Linke.PDS Berlin Brandenburg*); Claudia Jobst (*Junge Linke.PDS Sachsen*); Lena Kreck (*Junge Linke.PDS Wittenberg, Sachsen Anhalt*); Haimo Stierner (*solid*); Victor Perli (*solid*); Katharina Dahme (*solid*); Bahattin Aslan (*solid und WASG*); Anna Conrads (*WASG*); Stefan Weidinger (*WASG*); Maren Kaminski (*Die Linke.PDS Hochschulgruppennetzwerk*); Jana Schultheiss (*Die Linke:PDS Hochschulgruppennetzwerk*); Ralf Krämer (*WASG Bundesvorstand*); NN (*Die Linke.PDS Parteivorstand*)

Sekretariat: Lars Kleba (*Die Linke.PDS*); Kajo Tetzlaff (*Die Linke.PDS*); Frank Puskarev (*WASG*)

Doppelmitgliedschaften im produktiven Disput des Parteibildungsprozesses

Zu den Doppelmitgliedschaften erklärt die Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG nach ihrem Treffen am 06.02.2006:

Die Bundesvorstände der Linkspartei.PDS und WASG hatten im Kooperationsabkommen III vereinbart, gegenseitig die Mitgliedschaften in der jeweils anderen Partei zu ermöglichen. Anlaß für diese Vereinbarung waren die wahlrechtlichen Regelungen, die für Kandidatinnen und Kandidaten die Mitgliedschaft in der die Wahlliste anmeldenden Partei erfordern. Einige Mitglieder sehen in der Doppelmitgliedschaft ein Symbol für die künftige neue parlamentarische Linke. Schließlich sind die Satzungen beider Parteien unterschiedlich, wodurch sich ein Klärungsbedarf ergab.

Das regional unterschiedliche Wahlrecht erfordert weiterhin die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaften. Wir respektieren den Wunsch einiger Mitglieder, in beiden Parteien Mitglied zu sein. Allerdings sind die Doppelmitgliedschaften kein Element des Parteibildungsprozesses.

Wir haben den Parteibildungsprozeß auf den Weg gebracht, weil wir eine neue parlamentarische Linke bilden wollen. Über 4 Millionen Wählerinnen und Wähler haben uns dafür einen Auftrag und einen Vertrauensvorschuß gegeben. In der Arbeit der Bundestagsfraktion entwickeln wir gemeinsam neue Formen der Zusammenarbeit und neue Positionen. Erinnert sei hier neben den Initiativen und Gesetzesvorhaben im Parlament an das Positionspapier von Oskar Lafontaine und die Kontaktstelle außerparlamentarische Bewegungen.

Wir verfolgen ein gemeinsames Ziel und machen die unterschiedliche Entstehung und konzeptionelle Differenzen zwischen WASG, Linkspartei.PDS und Parteilosen produktiv. Uns eint der Disput.

Ein produktiver Disput setzt gleichberechtigte Partner voraus, die miteinander um die besten Positionen ringen. Das macht den Parteibildungsprozeß nicht nur spannend, sondern gibt uns erst die Chance, etwas Neues für die Menschen zu machen. Eine Durchdringung beider Parteien mit jeweiligen Doppelmitgliedschaften hingegen würde die Debatten ärmer machen – das strebt keine der beiden Parteien an.

06. Februar 2006

Pressemitteilung

Weichen für Programmdebatte gestellt

Die gemeinsame Steuerungsgruppe von WASG und Linkspartei.PDS trafen sich gestern in Berlin zu einem weiteren Treffen.

Kern der Debatte war das von der Programmgruppe vorgelegte Eckpunktepapier. Die Steuerungsgruppe und die Mitglieder der Programmgruppe verständigten sich gemeinsam darauf, ein Eckpunktepapier bis Ende Februar in die öffentliche Debatte um den Parteibildungsprozess zu geben.

"Der Vorschlag der Programmgruppe ist in einer harten und produktiven Diskussion entstanden. Es besteht Konsens hinsichtlich der friedlichen Lösung ziviler Konflikte. Ich freue mich, dass ich mich als demokratischer Sozialist in den vorgelegten Eckpunkten wieder finde", erklärte Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS. "Das Eckpunktepapier wird deutlich machen, warum sich der Prozess der Parteibildung um Arbeit und soziale Gerechtigkeit dreht und etwas Neues entsteht", hob Klaus Ernst hervor.

Weiter äußerte sich die Steuerungsgruppe zu den Doppelmitgliedschaften. Diese sind ein wahlrechtliches Mittel und entsprechen einem politischen Anliegen. Bodo Ramelow sagte: "Ein produktiver Streit setzt gleichberechtigte Partner voraus, die miteinander um die besten Positionen ringen. Das macht den Parteibildungsprozess nicht nur spannend, sondern gibt uns erst die Chance, etwas Neues für die Menschen zu machen. Eine Durchdringung beider Parteien mit jeweiligen Doppelmitgliedschaften hingegen würde uns diese Möglichkeiten nehmen."

Bis zum Sommer 2007 wollen Linkspartei.PDS und die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative sich zu einer neuen gesamtdeutschen Partei zusammenschließen. Eine entsprechende Rahmenvereinbarung wurde im Dezember unterzeichnet. Die paritätisch besetzte Steuerungsgruppe wird entsprechend der Regelungen im Kooperationsabkommen III alle inhaltlichen und organisatorischen Grundfragen des Parteibildungsprozesses beraten und Aufträge an Fachgruppen auslösen. Über den Abschluss des Parteibildungsprozesses entscheiden in beiden Parteien Bundesparteitage und Urabstimmungen der Mitglieder.

07. Februar 2006

Pressemitteilung

Diese Eckpunkte sind kein Parteiprogramm, sondern laden zur Diskussion ein

Die gemeinsame Programmgruppe von Linkspartei.PDS und WASG hat erste Eckpunkte für ein künftiges Programm der neuen linken Partei vorgelegt, die heute der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

"Diese Eckpunkte sind kein Entwurf für ein Parteiprogramm", machten Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, und Klaus Ernst, Geschäftsführender Vorstand der WASG, auf der heutigen Pressekonferenz deutlich. Sie sind eine Einladung zur Diskussion, nicht nur an die Mitglieder beider Parteien, sondern an Sympathisanten und Wissenschaftler, abhängig Beschäftigte und Selbständige, an Erwerbslose und Gewerkschafter, an Mitglieder sozialer Bewegungen, Initiativen und Vereine, an die Mitglieder unserer Fraktionen in den Kommunen, den Landtagen, dem Bundestag und im Europaparlament – kurz an alle, die sich für linke Politik interessieren.

Die Eckpunkte zeigen die Gemeinsamkeiten in der Programmgruppe. Um die Unterschiedlichkeiten und Widersprüche in beiden Parteien fruchtbar und ergebnisorientiert diskutieren zu können, haben wir einen Teil der Dissense in den Eckpunkten selbst kenntlich gemacht.

Aus der breiten Diskussion soll das Programm der neuen linken Partei entwickelt werden, dass aktuelle Positionen zu grundsätzlichen Fragen der Politik, aber auch Utopien und Visionen und die unterschiedlichen Traditionen aufgreifen und verarbeiten wird. Ziel ist ein zukunftsorientiertes Programm einer neuen gesamtdeutschen linken Partei, die eine friedliche, sozial gerechte und demokratische Gesellschaft anstrebt, für eine weltweite zivile Lösung von Konflikten kämpft und eine Politik des demokratischen Sozialismus verfolgt.

23. Februar 2006

Liebe Berliner Mitglieder der WASG,

Euer Mitgliedervotum ist eine entscheidende Weichenstellung auf dem Weg zu einer neuen Linken in Deutschland.

4,1 Millionen Wählerinnen und Wähler haben bei der Bundestagswahl für „Die Linke“ gestimmt.

Von vielen werden WASG und Linkspartei bereits als eine Partei wahrgenommen. Sie verbinden damit die Hoffnung auf ein sozialeres Deutschland und ein gerechteres Europa. Für den zukünftigen Erfolg bei den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen brauchen wir unbedingt eine geeinte Linke. Die Geschlossenheit der Bundestagsfraktion zeigt, dass das möglich ist und sollte insofern Vorbild für alle Landesverbände der WASG und der Linkspartei sein. Unsere Wählerinnen und Wähler haben für die Streitigkeiten und Querelen in einzelnen Landesverbänden kein Verständnis.

Ich bitte Euch, dies bei Eurem Votum zu berücksichtigen und Euch Eurer Verantwortung für das Gesamtprojekt bewusst zu sein.

Weltweit schauen linke Parteien und außerparlamentarische Bewegungen mit Interesse auf die neu entstehende Linke in Deutschland. Sie sehen in unserem erfolgreichen Abschneiden bei der Bundestagswahl eine Chance, den Kampf gegen das globale neoliberale Establishment zu verstärken.

Auch wenn auf Landesebene in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden, darf das nicht zur Aufkündigung unseres gemeinsam eingeschlagenen Weges führen. Ein eigenständiger Wahlantritt der WASG in Berlin wäre ein Rückschlag.

Die Neoliberalen würden triumphieren und die verstörte Öffentlichkeit würde über eine uneinige und zerstrittene Linke den Kopf schütteln.

Liebe Berliner Mitglieder,

ich appelliere an Euch für einen gemeinsamen Wahlantritt von WASG und Linkspartei zu stimmen!

Die Berliner Linke muss den Blick nach vorne richten und bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus mit einem Programm antreten, das weiterer Privatisierung, zusätzlichem Personalabbau und dem Kürzen von Mitteln, die sozial Schwächeren zugute kommen, eine klare Absage erteilt.

Ein getrennter Wahlantritt von WASG und Linkspartei macht die Privatisierung der BVG, der BSR und der großen Krankenhäuser Berlins, die die Linkspartei bisher verhindert hat, wahrscheinlicher.

Ich bitte Euch, uns beim Aufbau einer starken Linken in Deutschland zu unterstützen.

Berlin, 26. Februar 2007

Oskar Lafontaine

Presserklärung

Wir sind auf einem guten Weg!

Zum Ergebnis der Urabstimmung der WASG erklärt der Parteivorsitzende Lothar Bisky:

Der Souverän hat entschieden. 78,3 Prozent sind ein eindeutiges Ergebnis. Darüber freuen wir uns. Unser gemeinsames neues linkes Parteiprojekt ist auf einem guten Weg.

Ich kann verstehen, wenn einige sagen, der Partieneubildungsprozess müsse beschleunigt werden. Die Animositäten und Querelen in einigen Landesverbänden haben das Projekt nicht befördert. Anderen geht das ganze wiederum zu schnell.

Ich habe Respekt vor den Lebensentscheidungen, die manche getroffen haben, als sie aus der SPD austraten, langjährige Bindungen abstreiften und mit der WASG eine eigene Partei gründeten. Wenn sie mehr Zeit brauchen, um Klarheit zu gewinnen, dann ist das nicht einfach beiseite zu schieben.

Ich möchte möglichst viele von denen, die eine neue linke Partei wollen, aber noch Fragen haben, für das gemeinsame Projekt gewinnen.

Die zeitgleich am 29./30. April stattfindenden Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG sind das nächste Etappenziel. In der nächsten Woche wird die gemeinsame Steuerungsgruppe die weiteren Schritte beraten.

Die Zuversicht ist mit dem Abstimmungsergebnis kräftig gestärkt worden.

Berlin, 2. April 2006

Appell an die Delegierten des Bundesparteitages der WASG am 29. und 30. April 2006 in Ludwigshafen

Beschluss des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS

Seit dem Sommer 2005 gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen unserer Partei und der WASG. Es ist uns gelungen, eine starke Fraktion in den Bundestag zu entsenden und alle notwendigen Vorbereitungen für die Bildung einer gesamtdeutschen linken Partei zu organisieren. Vereinbart haben wir die Neubildung einer Partei links von der Sozialdemokratie bis Sommer 2007. Wir halten am Ziel der Bildung einer starken linken Partei fest. Im "Kooperationsabkommen III" ist auch vereinbart, dass wir nirgendwo und zu keinem Zeitpunkt mehr gegeneinander kandidieren. Das steht in Übereinstimmung mit dem Willen von über vier Millionen Wählerinnen und Wählern zur Bundestagswahl und der klaren Mehrheit der Mitglieder, die sich an der bundesweiten Urabstimmung der WASG beteiligten. Sie haben sich für die Bildung der gemeinsamen Partei und gegen die Konkurrenz, nicht aber für den Ausschluss gegenseitiger Kritik entschieden. Sicher haben auch wir als Linkspartei.PDS in diesem Prozess Fehler gemacht. Die Zusammenarbeit von Mitgliedern beider Parteien vollzieht sich in vielen Ländern erfolgreich, auch und gerade die Bundestagsfraktion DIE LINKE. entwickelt sich stabil.

Teile der Landesverbände der WASG in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind bereit, den Parteibildungsprozess zu gefährden. Sie wollen die Konkurrenz organisieren. Der Bundesvorstand der WASG hatte in Übereinstimmung mit dem Statut der Partei beschlossen, dies zu unterbinden. Inzwischen hat er seinen Beschluss wieder aufgehoben und die Entscheidung an den Parteitag delegiert. Das Kooperationsabkommen III bleibt die Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit. Deshalb appellieren wir an die Delegierten des Parteitages der WASG, konkurrierende Wahlbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zu verhindern und die WASG-Landesverbände aufzufordern, die Wahlanzeigen zurückzunehmen, so wie auch unsere Partei bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zugunsten der WASG verzichtet hat. Die Erfahrungen aus dem Kommunalwahlkampf Hessen zeigen, dass wir bei gemeinsamen Kandidaturen erfolgreich sein können.

Wir sind und bleiben optimistisch, dass wir unsere gute Zusammenarbeit in diesem Sinne fortsetzen werden. Unser gemeinsames Projekt einer neuen linken Partei gewinnt an inhaltlichem Profil. Über den Entwurf programmatischer Eckpunkte hat eine produktive Diskussion begonnen. Mit gemeinsamen politischen Aktionen haben wir erste gute Erfahrungen - in Wahlkämpfen, im Kampf gegen die so genannte Bolkestein-Richtlinie. Daran wollen wir nun mit der gemeinsamen Kampagne für einen gesetzlich garantierten Mindestlohn anknüpfen.

26. April 2006

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, vom Bundesvorstand der WASG,

die Kooperationsabkommen I-III sind seit dem letzten Sommer Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit für eine neue demokratische linke Partei in der Bundesrepublik. Schritt für Schritt und Zug um Zug haben wir damit eine Vertrags- und Verhandlungsbasis geschaffen, gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und damit einen Rahmen geschaffen um den Parteineraufbau erfolgreich zu betreiben. Die Wahlkämpfe in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben unsere Vereinbarungen umgesetzt: mit gemeinsamer Programmatik, Kandidaturen auf den Listen der in den Ländern jeweils konkurrenzlos antretenden Partei und mit einer erheblichen finanziellen Unterstützung.

Die weitere konsequente Umsetzung des Kooperationsabkommens III ist auch Grundlage unseres Agierens im Hinblick auf die acht vorliegenden Anfechtungen gegen die Bundestagswahl 2005. Deren Erfolgswahrscheinlichkeit steigt mit konkurrierenden Wahlantritten auf Landesebene erheblich - und gefährlich. Darüber hinaus droht der Linkspartei.PDS eine finanzielle Schadensersatzleistung, sofern durch das Verfassungsgericht festgestellt werden würde, dass WASG und Linkspartei.PDS konkurrierende Parteien waren und die Beweisführung durch die Landtagswahlkämpfe Berlin und Mecklenburg-Vorpommern belegt werden könnte. Diese Schadensersatzleistung beliefe sich in diesem Falle auf den fünffachen Betrag der Summe, mit der sich die Linkspartei.PDS in die Wahlkämpfe der Länder eingebracht hat - zu zahlen an die anderen Bundestagsparteien, die wir wohl gemeinsam als neoliberal bezeichnen.

Ich lege aber Wert auf die Feststellung, dass das Gesprächsergebnis in Berlin Ergebnis unseres gemeinsamen Wirkens auf der Grundlage des Kooperationsabkommens war: "Bei künftigen Wahlen bis zur Gründung der neu gebildeten Partei wird einvernehmlich und kooperativ über die Form des Antritts und der Listennominierung entschieden. Dieser Prozess wird so gestaltet werden, dass der Charakter der neuen Linken in der Listennominierung, der Namensgebung und in der Wahlkampfgestaltung widergespiegelt und der Prozess der Parteiwerdung der neuen Linken unterstützt wird. Die Parteivorstände werden dies auf allen Ebenen mit Nachdruck vertreten."

Dem entspricht auch die Unterstützung der gemeinsamen Wahlkampfpositionen in Berlin durch die Linkspartei.PDS Berlin. Ihr Vorsitzender hat sich diese Positionen zu eigen gemacht, der Berliner Parteitag hat diese Positionen per Akklamation bestätigt, der Bundes-Parteivorstand der Linkspartei.PDS hat diesem Ergebnis zugestimmt. Unter den bis heute über 350 Unterschriften für diese Wahlkampfpositionen finden sich neben den Erstunterzeichnern Carsten Schatz, Halina Wawzyniak und mir etliche führende Mitglieder der Linkspartei.PDS wie Annegret Gabelin, Wolfgang Gehrcke, Andreas Günther, Conny Hildebrandt, Katja Kipping, Katina Schubert, Harald Werner. Wir stehen hinter diesen gemeinsam erarbeiteten Wahlkampfpositionen. Die Unterschriftensammlung soll den Willen zur Gemeinsamkeit verstärken; das Handeln ersetzt es nicht. Das Berliner Verhandlungsdokument ist aber Grundlage des Wahlkampfes Berliner Linkspartei.PDS und geht in die Wahlprogrammatik gleichberechtigt ein. Deshalb hilft jede Unterschrift. Nicht weniger notwendig ist es aber, die drohende Gefahr einer Konkurrenzkandidatur auch in Bezug auf die erfolgreiche Bundestagswahl zu erkennen!

Wir brauchen uns als Parteien wechselseitig, um gemeinsam diese neue Partei aufzubauen.

Es geht aber nicht nur um eine Addition unserer beiden Parteien und schon gar nicht um das Einsammeln einzelner Teilmengen. Sondern es geht um den gemeinsamen Aufbau eines Fundamentes, das Ausstrahlungskraft auf noch viel mehr Menschen haben soll, muss und wird. Deshalb wollen wir keine Spaltung und brauchen wir keine apokalyptischen Reiter.

Dennoch ist der Verweis auf reale politische und finanzielle Gefahren nötig. Lasst Euch nicht auseinanderdividieren, aber lasst Euch vom Parteitag die notwendige Klarheit geben damit Prof. Löwer und die konservativen Rechtsprofessoren nicht triumphieren.

Wir sind nicht für uns alleine da, sondern wollen das Land gerechter und solidarischer machen. Wir wollen die Differenzen austragen - aber in einer gemeinsamen neuen Partei. Der weitere Parteibildungsprozess braucht wie bisher Vertrauen und Verhandlungssicherheit, klare und verbindliche Regelungen, auf deren Grundlage das Neue entstehen und wir gemeinsam als Protagonisten des Prozesses handeln können. Schritt für Schritt und Zug um Zug können wir so die neue Linke aufbauen.

Ich verbleibe
mit solidarischen Grüßen

Bodo Ramelow

27. 04. 2006

Pressemitteilung

Nicht willkommen, Herr Präsident! Not welcome, Mr. President!

Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG erklären zum geplanten Bush-Besuch am 14. Juli in Stralsund:

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat US-Präsident George W. Bush eingeladen, ihren Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern zu besuchen. Am 14. Juli 2006 soll Bush nach Stralsund kommen. Schützenhilfe für Merkel und die CDU im Wahlkampf.

Was aber soll bzw. will er dort ein Jahr vor dem ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern geplanten G-8- Gipfel? Offensichtlich geht es ihm um einen neuen Brückenpfeiler in Europa. Bushs Name steht für Krieg als gewöhnliches Mittel von Politik im 21. Jahrhundert. Er und seine Administrationen sind verantwortlich für Zehntausende von Toten in den völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak. Und erneut wird in den Bush-Zentralen ein Krieg vorbereitet - jetzt gegen den Iran. Unter Bush sind die US-Rüstungsausgaben ins Unermessliche gestiegen - 481 Milliarden durch die USA - und das hat das Wettrüsten auf weltweite Rüstungsausgaben von jährlich über einer Billion Dollar angekurbelt.

Die amerikanischen Multis und das amerikanische Empire brauchen Öl, Gas, Wasser und beanspruchen auch künftig jedwede Verfügungsgewalt über diese und andere strategischen Ressourcen. Deshalb geht es Bush um die Weltherrschaft. Auch wenn er über Menschenrechte und Demokratie redet: weltweit werden im Namen von Demokratie und Kampf gegen Terror Menschen entführt, gefoltert und in geheimen Gefängnissen mundtot gemacht.

Aber immer mehr Menschen in den USA und in aller Welt wollen eine solche Politik nicht. Und stehen dafür auf. Und auch wir sagen: Wir sind solidarisch mit der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung, mit den Menschen, die um ihre Legalisierung kämpfen, mit den Menschen, die unter den Bush-Gesetzen leiden. Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der USA heißt, Nein zu sagen zur terroristischen Politik des Weißen Hauses. Und auch deshalb sagen wir: Bürgerinnen und Bürger der USA sind uns willkommen - ein Präsident, der eine solche Politik verantwortet, nicht!

Wir unterstützen die Protestaktionen der Friedens- und Bürgerrechtsbewegungen und rufen die Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG auf, sich aktiv daran zu beteiligen!

22. Mai 2006

Dafür lohnt es zu streiten und Engagement aufzubringen

Brief von Lothar Bisky an die Mitglieder der Linkspartei.PDS

Parteivorsitzender Lothar Bisky wandte sich am 24. Mai mit einem Brief an die Mitglieder der Linkspartei.PDS. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Wahlaktivitäten und Parteitage auf Bundes- und Landesebene liegen hinter uns. Wichtige Wahlkämpfe stehen unmittelbar vor uns. Dennoch: Die Zeit drängt. Trotz mancher Turbulenzen und Schwierigkeiten - wir halten an unserem Vorhaben fest, gemeinsam mit der WASG, bis zum Sommer 2007 eine neue Linkspartei in Deutschland zu schaffen. Eine solche Partei muss von unten wachsen, von unseren Mitgliedern gewollt und gestaltet werden.

Im Februar hat die Gemeinsame Programmgruppe, bestehend aus Mitgliedern der WASG und unserer Partei, "Programmatische Eckpunkte" vorgestellt. Mit den Eckpunkten liegt euch kein Programmentwurf vor. In diesem Papier wurden gemeinsame Positionen formuliert, politische Projekte, strategische Überlegungen aufgeschrieben und offene Fragen gestellt, die unter verschiedenen linken Kräften diskutiert werden.

Längst haben in den Landesverbänden die Debatten begonnen. In Brandenburg und Sachsen fanden erste Podiumsveranstaltungen statt. Einige Basisgruppen haben die Diskussion munter in ihre Hand genommen. Doch wenn wir im Herbst zu einem Resümee kommen wollen, dann müssen wir jetzt noch einen Schritt zulegen.

Im Mittelpunkt der Debatten stehen für mich folgende Fragen.

1. Welches sind die neuen Herausforderungen in der Gesellschaft, die neue Antworten auch von den Linken verlangen, und wie stellen wir uns ihnen?
2. In den Eckpunkten werden Grundpositionen der neuen Linkspartei benannt: die Orientierung auf die Verbindung von Freiheit und Gleichheit in einem modernen Gerechtigkeitsverständnis, welche die Garantie von politischen und sozialen Rechten für grundlegend und entscheidend hält, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Demokratischer Sozialismus sollte als inhaltliche Leitidee unseres Handelns auch in einer neuen linken Partei seine Verankerung finden. Wir müssen diskutieren, welchen Stellenwert der demokratische Sozialismus in unserem neuen Parteiprogramm einnehmen soll.
3. Reformprojekte, wie Arbeitszeitverkürzung, öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren, Zukunftsinvestitionsprogramm, soziale Grundsicherung, Bildung und Umwelt, gehören zum politischen Alternativangebot. Wie wollen wir an deren Realisierung herangehen?
4. Die Programmgruppe hat sich nicht in allen inhaltlichen Fragen einigen können, sondern bewusst festgehalten, wo es Dissense gibt. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, ob wir für eine bedarfsorientierte Grundsicherung oder ein bedingungsloses Grundeinkommen eintreten. Dahinter stehen auch unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft der Arbeitswelt. Diese Dissense müssen wir weiter diskutieren, aber im Verlauf des Programmprozesses auch einer Entscheidung zuführen.
5. Protest und Widerstand - Anspruch auf politische Gestaltung - Anstreben von Zielen, die über diese Gesellschaft hinausweisen, haben wir als "strategisches

Dreieck" unseres politischen Handelns bezeichnet. Wie wollen wir dem in unserer Politik Rechnung tragen?

6. Entscheidend für unser politisches Wirken ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wie können wir aus der aktuellen Debatte heraus - weg vom Aktionismus - zu einer dauerhaften, an die Wurzeln gehenden Veränderung dieser menschenverachtenden Lebenshaltungen kommen?

Ich werde die Landesvorstände bitten, Arbeitsgruppen zu bilden, die die Programmdebatte koordinieren, soweit sie nicht schon so arbeiten, und sie bitten, die entscheidenden Punkte aus den Diskussionen für die Gemeinsame Programmgruppe herauszuarbeiten. Zugleich werden in den Landesverbänden Referentenpools gebildet, damit ihr jederzeit Gesprächspartnerinnen und -partner für Foren und Basisveranstaltungen findet.

Das "Eckpunkte-Papier" wurde im Pressedienst 9/2006 veröffentlicht, im Internet kann man es auch nachlesen unter <http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/index.htm> und ihr findet dort auch gleich noch interessante Kritiken und gehaltvolle Reaktionen auf das Eckpunktepapier. Anfang Juni wird ein Manifest zur Gründung einer neuen Linken erscheinen. Es ist günstig dieses Manifest in die Debatte einzubeziehen. Ein Manifest richtet sich wie ein Aufruf an die Öffentlichkeit. Als Mitglieder einer Partei stehen wir weiterhin vor der Aufgabe, die Grundpositionen der politischen Arbeit, der Strategie einer neuen Linkspartei systematisch und analytisch exakt zu entwickeln, um in einem demokratischen Prozess gemeinsam darüber zu entscheiden.

Mir ist nicht daran gelegen, dass all unsere Diskussionen einfach so "im Raum stehen bleiben". Deshalb bemühen wir uns, dass regelmäßig in den "Kleinen Zeitungen", im ND, in Zeitschriften wie "Utopie kreativ", "Sozialismus" und "Z-Marxistische Erneuerung" über die programmatischen Veranstaltungen und Positionsbestimmungen berichtet wird. Ich will keine Eulen nach Athen tragen, aber ich gehe davon aus, dass ihr die Diskussionsveranstaltungen gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der WASG vorbereitet und durchführt.

Ein Punkt, der mir besonders am Herzen liegt: Mit unserer Programmdebatte sollten wir GewerkschafterInnen, Bewegungen, Verbände, Intellektuelle aus Kultur, Bildung und Gesundheitswesen, UnternehmerInnen, VertreterInnen der Kirchen ansprechen. Ich könnte noch mehr GesprächspartnerInnen aufzählen. Mir geht es darum, dass die innerparteiliche Auseinandersetzung zu einer neuen Programmatik transparent, öffentlichkeitswirksam und interessant gestaltet wird, dass wir neugierig sind auf Kritik und Anstöße. Auch die anderen Parteien führen ihre Programmdebatten öffentlich, das sollte uns auch gelingen.

Ich schlage vor, dass wir im Herbst 2006 auf Bundesebene eine gemeinsame Veranstaltung von Linkspartei.PDS und WASG durchführen. In Arbeitskreisen sollen erarbeitete Positionen vorgestellt werden. Arbeits- und Interessengemeinschaften, Gäste aus anderen linken Parteien, aus Bewegungen, Organisationen, Verbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind uns willkommen. Diese Veranstaltung ist ein Schritt auf dem Weg zu einem Gründungsdokument, über das die Mitglieder beider Parteien in Urabstimmung entscheiden werden.

Eure Ansprechpartner für die jetzige Diskussion sind die Kreisvorstände und der Landesvorstand. Die parteinahen Stiftungen haben ihre Unterstützung zugesagt. Die Mitglieder des Parteivorstands stehen euch selbstverständlich auch als ReferentInnen bzw. DiskussionspartnerInnen zur Verfügung.

Die Gemeinsame Programmgruppe ist der inhaltliche Ansprechpartner für Meinungsäußerungen. Sie plant, regelmäßig einen "Informationsreader der Gemeinsamen Programmgruppe" herauszugeben.

Ich wünsche uns eine an- und im positiven Sinne aufregende Programmdebatte auf dem Wege zu einer neuen linken Partei in Deutschland. Die Chancen stehen gut, denn schauen wir auf die Mindestlohndebatte, auf Kritik an Rentenentscheidungen und kommender Gesundheitsreform, wir haben schon jetzt etwas im Land verändert. Gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden in der Partei der europäischen Linken, die große Hoffnungen in die Parteineubildung setzen, haben demokratisch sozialistische Ideen und linke Politik eine Renaissance. Dafür haben wir immer gekämpft, dafür lohnt es zu streiten und Engagement für die programmatische Debatte aufzubringen.

Mit solidarischen Grüßen

Lothar Bisky

Für eine solidarische und offene Gesellschaft

Aufruf zur Gründung einer neuen Linken

Vorgestellt von Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende, den Geschäftsführenden Bundesvorständen der WASG Klaus Ernst und Felicitas Weck sowie den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine am 2. Juni 2006 in Berlin

Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Völker der Welt näher zusammengerückt. Satellitenfernsehen, Internet, internationaler Flugverkehr und die Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomtechnik, der Biologie und der Chemie vermitteln in bisher nicht gekanntem Ausmaß die Erfahrung, dass alle Menschen ein gemeinsames Schicksal verbindet. Die Abhängigkeiten nehmen zu. Umweltschäden in einem Land haben ebenso schädliche Auswirkungen in den Nachbarländern. Die nationalen Volkswirtschaften verschmelzen miteinander und immer neue Erfindungen führen zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte. In weniger als einem Jahrzehnt hat sich das Weltsozialprodukt verdoppelt und der Welthandel verdreifacht. Der Energieverbrauch wächst in atemberaubendem Tempo.

Während die Industriestaaten einen immer größeren Reichtum anhäufen, sterben Tag für Tag hunderttausend Menschen, weil sie zu wenig zu essen haben. Alle zehn Sekunden verhungert ein Kind, obwohl nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO zwölf Milliarden Menschen satt werden könnten.

Hunger und Unterernährung sind das Ergebnis einer barbarischen Weltwirtschaftsordnung. Der Kapitalismus ist auf seine ständige Expansion angewiesen. Er erobert Absatzmärkte und Rohstoffquellen, auch mit militärischer Gewalt. Ob Afghanistan oder Tschetschenien, Irak oder Iran, Syrien oder Saudi-Arabien, es geht nicht um Freiheit und Demokratie, sondern um die Öl- und Gasvorräte des vorderen Orients und der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Im rücksichtslosen Kampf um Macht und Einflussphären missachten vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika die Menschenrechte und die Genfer Konventionen. Sie schieben das internationale Recht zur Seite und kündigen die Norm des Völkerrechts, die jeden Angriffskrieg verbietet. Nach der neuen Doktrin haben Staaten, die vorgeben, sich bedroht zu fühlen, das Recht, andere anzugreifen. Dieser Raubtierkapitalismus führt in weiten Teilen der Welt zu bitterer Armut und zum Terrorismus. Die USA bekämpfen diesen Terrorismus mit völkerrechtswidrigen Kriegen, in denen viele tausende unschuldiger Menschen ums Leben kommen. Sie setzen die Spirale der Gewalt fort und erzeugen dadurch immer wieder neue Bereitschaft zum Terrorismus.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist eine Gesellschaftsordnung gescheitert, in die viele Menschen große Hoffnungen gesetzt hatten. Im Bestreben, allen ihren Bürgerinnen und Bürgern Lebenschancen und Arbeit zu geben und den Wohlstand gerecht zu verteilen, missachteten die osteuropäischen Staaten und die Sowjetunion die beiden großen Maximen Rosa Luxemburgs: "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden." "Keinen Sozialismus ohne Demokratie und keine Demokratie ohne Sozialismus." Die im Vergleich zu den westlichen Ländern deutlich schlechtere ökonomische Ausgangslage und das wenig effektive Wirtschaftssystem zwangen die staatssozialistischen Länder sich im Westen stark zu verschulden, um den

Lebensstandard ihrer Bevölkerungen zu heben. Trotz unbestreitbarer Fortschritte bei der Herstellung sozialer Gleichheit, der Überwindung von Bildungsprivilegien und der Gleichstellung der Frau erstarrten sie zu Systemen bürokratischer Bevormundung, fielen wirtschaftlich zurück und verloren in zunehmendem Maße die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Das Scheitern dieser Versuche, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, die Verbrechen des Stalinismus und das Unrecht der Einparteiendiktaturen entbinden die Linke nicht von der Verantwortung, einen neuen Anlauf zu machen, um die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet.

Der Menschheitstraum von einer Weltgesellschaft der Freien und Gleichen lebt. In Südamerika kommen sozialistische Präsidentinnen und Präsidenten an die Macht. Sie wollen die Nutzung der Rohstoffe ihrer Länder nicht länger internationalen Konzernen überlassen. Sie setzen auf die Demokratie und eine gerechtere Gesellschaft. In Europa übernahmen am Ende des 20. Jahrhunderts sozialistische und sozialdemokratische Parteien Regierungsverantwortung. Sie waren aber zu schwach, sich dem immer ungehemmter agierenden Kapitalismus in den Weg zu stellen. Vielmehr unterwarfen sie sich willfährig den multinationalen Konzernen und den Imperativen der internationalen Finanzmärkte. Deregulierung, Privatisierung, Abbau von Demokratie, Steuersenkungen für Konzerne und Reiche und Kürzungen sozialer Leistungen waren die neuen Heilsbotschaften. Der Neoliberalismus, ursprünglich nur eine Wirtschaftstheorie, wurde zur Ersatzreligion. Er korrumpiert die Sprache und damit auch das Denken.

Die neoliberalen Ideologen sprechen vom Umbau des Sozialstaates und meinen seinen Abbau. Sie reden von zukunftsweisenden Reformen und meinen die Kürzung sozialer Leistungen. Der Kündigungsschutz wird verwässert, die Tarifverträge werden durchlöchert und die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden verkauft. Zunehmend mehr Menschen arbeiten in ungesicherten, schlecht bezahlten Jobs, in denen sie schamlos ausgebeutet oder zur Selbstausbeutung gezwungen werden. Die sozialen Sicherungssysteme, die den Menschen Schutz und soziale Rechte geben sollen, werden privatisiert. Höhepunkt dieser Entwicklung in Deutschland sind die von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen beschlossenen Hartz-Gesetze und die Agenda 2010.

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Durch den Anstieg der Produktivität werden immer mehr Dienstleistungen und Produkte von immer weniger Beschäftigten bereitgestellt. Dieser Fortschritt sollte allen zu gute kommen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Bei Erwerbstätigen wachsen Stress und Arbeitszeit. Erwerblose werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt. Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert und den Beschäftigten eine extreme Mobilität abverlangt. Befristete Arbeitsverträge, Arbeitszeiten rund um die Uhr und immer längere Wege zum Arbeitsplatz zerstören das Familien- und Gemeinschaftsleben. Die mit der Deregulierung und Flexibilisierung einhergehende Auflösung sozialer Bindungen und Lebenswelten verändert die Menschen und setzt bei ihnen zerstörerische Potenziale frei. Millionen Menschen sind arbeitslos und haben das Gefühl, von der Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden. Während die Konzerngewinne und die Vermögenseinkommen immer neue Rekorde brechen, sinken die Löhne. Arbeitslosengeld und Renten werden gekürzt. Im Zuge dieser Entwicklung geht die Wahlbeteiligung zurück und rechte Parteien haben Zulauf. Die neoliberal gewendete Sozialdemokratische Partei Deutschlands verliert Mitglieder und Wählerinnen und Wähler. Sie, die einst für Frieden

und soziale Gerechtigkeit stand, befürwortet ebenso wie CDU/CSU, FDP und Grüne völkerrechtswidrige Kriege, eine niedrige Staatsquote und ständige Einschnitte ins soziale Netz.

Der Zeitpunkt ist gekommen, die versprengten Kräfte der Linken zu sammeln. Die aus der SED hervorgegangene PDS hat sich verändert. Sie hat viele neue Mitglieder gewonnen und ist zu einer demokratischen sozialistischen Partei geworden. Diesen Veränderungen entspricht ihr neuer Name: Linkspartei. Die WASG wurde vor allem von enttäuschten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Vertreterinnen und Vertretern sozialer Bewegungen gegründet. Über vier Millionen Wählerinnen und Wähler gaben Linkspartei und WASG bei der Bundestagswahl 2005 den Auftrag, eine neue linke Partei zu gründen.

DIE LINKE versteht sich als Sammlungsbewegung von Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft. Sie will eine solidarische Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sie will eine offene Gesellschaft, in der die Menschen, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe, Religion und Staatsbürgerschaft, Geschlecht und sexueller Orientierung die gleichen Rechte und Chancen haben.

DIE LINKE will mehr Demokratie wagen und tritt für den Ausbau der Grund- und Freiheitsrechte ein. Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, über Volksbegehren und Volksentscheide an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen mitzuwirken. Politisches Engagement findet seinen Ausdruck nicht nur in der Mitgliedschaft in einer Partei, sondern auch in der Mitarbeit in einer Nichtregierungsorganisation und in sozialen Bewegungen. DIE LINKE wird die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegungen aufgreifen und deren Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess unterstützen.

DIE LINKE will die Fehler traditioneller kapitalismuskritischer Organisationen nicht wiederholen und sich nicht in das globalkapitalistische System einbinden lassen. Sie stützt sich auf die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und die gesetzlich geregelten staatlichen Zuschüsse.

Ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind den demokratischen Beschlüssen der Parteigremien und den vor Wahlen gegebenen Versprechen verpflichtet. Sie betätigen sich im Gegensatz zu den Vertreterinnen und Vertretern anderer Parteien nicht als Lobbyisten von Konzernen oder Wirtschaftsverbänden.

DIE LINKE setzt auf das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie will, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist und fordert eine präventive Politik zur Konfliktvermeidung. Sie verurteilt imperialistische Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffe und verteidigt das Recht der Völker, selbst über die Nutzung ihrer Reichtümer verfügen zu können. Sie besteht auf der Einhaltung des Völkerrechts und des Atomwaffensperrvertrages. So lange die Atommächte ihre nuklearen Arsenale nicht abrüsten, werden sich andere Staaten Atomwaffen zulegen.

DIE LINKE bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Weil der Schwächere nur frei sein kann, wenn ihn Gesetze und Regeln vor der Willkür der Stärkeren schützen, setzt sie auf Regulierung statt auf Deregulierung. Den moralischen Grundwerten der Gesellschaft soll auch in der Wirtschaft Geltung verschafft werden. Gesetze und Regeln müssen sicherstellen, dass die Kapitalverwertung dem Gemeinwohl verpflichtet ist, wie es das Grundgesetz der

Bundesrepublik Deutschland verlangt. Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen.

DIE LINKE kämpft für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Frauenbewegung ist eine ihrer politischen Wurzeln. Deshalb streitet sie für soziale Sicherungssysteme, die von einem individuellen Rechtsanspruch ausgehen. Dieser soll auch für das Sozial-, Steuer- und Arbeitsrecht gelten. Die LINKE will die lohnpolitische Gleichstellung der Frau. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen in Deutschland deutlich weniger Lohn erhalten.

DIE LINKE will die Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Ost und West. Die neoliberale These, wonach sich durch niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten die Arbeitslosigkeit überwinden ließe, ist durch die Entwicklung in den ostdeutschen Ländern eindeutig widerlegt. Die Arbeitslosigkeit war und ist in den neuen Ländern doppelt so hoch wie im Westen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Menschen in Ost und West gleich behandelt werden bei Einkommen, sozialen Leistungen und Renten. Positive kulturelle und soziale Erfahrungen der Ostdeutschen wie längeres gemeinsames Lernen müssen auf ganz Deutschland übertragen werden.

DIE LINKE will eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen, vor allem im Öffentlichen Dienst und im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Sie will eine Wirtschaftsordnung, die allen Menschen die Möglichkeit gibt, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Erzwungene Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, der oft zu Vereinsamung und Ausgrenzung führt, auch wenn es jenseits der klassischen Erwerbsarbeit sinnvolle Tätigkeiten gibt, die wir fördern wollen. Die Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Reichtums soll in erster Linie die lebendige Arbeit belohnen und nicht das tote Kapital. Eine Wirtschaftspolitik nach dem Vorbild skandinavischer Staaten verbindet einen hohen Beschäftigungsstand mit einem dicht geknüpften sozialen Netz. Überdurchschnittliche Investitionen in Bildung und Forschung und in die öffentliche Infrastruktur sowie ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst bilden in diesen Ländern die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und einen steigenden Wohlstand. DIE LINKE tritt für eine Finanz- und Steuerpolitik ein, die es dem Staat ermöglicht, seinen Aufgaben nachzukommen. Durch gerechtere Steuern und Abgaben will sie die hohen Einkommen und die großen Vermögen an der Finanzierung der Staatsaufgaben angemessen beteiligen. Eine fünfprozentige Besteuerung des Geldvermögens der reichsten Deutschen brächte jährlich einhundert Milliarden Euro zusätzlich für die öffentlichen Kassen.

DIE LINKE will Schluss machen mit einer Politik, die das öffentliche Vermögen verkauft und damit die Bevölkerung enteignet. Statt der neoliberalen Privatisierung will sie die gesellschaftliche, das heißt die staatliche und kommunale Verantwortung für Bildung und Gesundheit, für Wasser- und Energieversorgung, für Stadtentwicklung und Wohnungen, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr, sowie für wichtige Teile der Kultur. Gewählte Repräsentanten sollen die örtliche Daseinsvorsorge gestalten. Der Abbau von Stellen im Öffentlichen Dienst vergrößert die Arbeitslosigkeit. In kaum einer anderen Industriegesellschaft - nicht in den USA, auch nicht in Großbritannien und schon gar nicht in den skandinavischen Ländern - arbeiten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten so wenige Bürgerinnen und Bürger im Öffentlichen Dienst wie in Deutschland.

DIE LINKE tritt für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ein: Um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu erhalten, müssen wir nachhaltig wirtschaften

und mit der Atmosphäre, dem Wasser und der Erde verantwortungsbewusst umgehen. Gerade die führenden Industrienationen, die am meisten zur Verschmutzung von Luft und Wasser beitragen, sind verpflichtet, ihren Umgang mit den natürlichen Ressourcen grundlegend zu verändern.

DIE LINKE lehnt die Stromerzeugung aus Atomenergie ab. Im internationalen Verteilungskampf um die knapper und teurer werdenden Energieträger darf die Umwelt nicht geopfert werden. Die Probleme der Energieversorgung nehmen zu. Energie muss für alle bezahlbar und ihre Gewinnung umweltverträglich sein. Deshalb darf die Energiewirtschaft nicht den Gesetzen des kapitalistischen Profitdenkens untergeordnet werden. Die Energiepreise müssen vom Staat genehmigt werden. Umweltfreundliche Energieträger und Technologien müssen Atomtechnik und schrittweise auch fossile Brennstoffe ersetzen.

DIE LINKE will die Wirtschaftsdemokratie. Die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sollen wie in anderen europäischen Ländern das Recht auf einen politischen Streik, den Generalstreik haben. Auch die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer in den Unternehmen müssen erweitert werden. Über die für die Zukunft eines Unternehmens existenziellen Entscheidungen muss die Belegschaft abstimmen können. Die LINKE tritt für ein erneuertes Verständnis von Solidarität zwischen Vollzeitbeschäftigten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit ungesicherten Arbeitsverhältnissen und Erwerbslosen ein. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung führt zur Konzentration des Vermögens in den Händen einer Minderheit. Fünfhundert Konzerne kontrollieren die Hälfte des Weltsozialproduktes. Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht gefährdet die Demokratie. Macht, die demokratisch nicht legitimiert ist, darf die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht bestimmen. DIE LINKE will das Primat der Politik. Stark konzentrierte Wirtschaftsbereiche müssen entflochten werden. Aus diesem Grund wollen wir die Kartellgesetzgebung verschärfen. Nur dann können Markt und Wettbewerb ihre Wirkung entfalten und den gesellschaftlichen Wohlstand steigern. Markt und Wettbewerb führen nicht nur zu einer effizienten Wirtschaft, sondern ebenso zur Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und damit zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht. DIE LINKE setzt daher vorrangig auf die Förderung der 2,9 Millionen Unternehmen, die weniger als 10 Millionen Euro Umsatz machen, und der über eine Million Kleinbetriebe, die in Deutschland weniger als zehn Beschäftigte haben.

DIE LINKE widersetzt sich dem sozialen Kahlschlag. Sie will den Sozialstaat verbessern und die Systeme der sozialen Sicherheit so erneuern, dass sie den Herausforderungen der Zukunft in einer sich verändernden Arbeitswelt standhalten. Sie sollen auf einer Bürgerversicherung beruhen, die durch eine Abgabe auf alle Einkommen finanziert wird. Mit der Bürgerversicherung wird die Alterssicherung wieder auf verlässliche Füße gestellt. Die Vermeidung von Altersarmut der Rentnerinnen und Rentner und der Kampf gegen die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung im Alter stehen dabei im Mittelpunkt. Ein gesetzlicher Mindestlohn und eine repressionsfreie soziale Grundsicherung sollen allen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, auch denen, die nicht lange genug in die Sicherungssysteme einzahlen konnten. Die Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ausgebaut werden. Dabei orientiert sich DIE LINKE am Leitbild eines demokratischen Sozialstaates und tritt für soziale Mindeststandards ein, die gegen Armut schützen und die die Teilhabe an der Demokratie ermöglichen.

DIE LINKE tritt für Chancengleichheit in der Bildung ein und wendet sich gegen jede elitäre Ausgrenzung. Von der Kindertagesstätte bis zum Lernen als lebenslangem Prozess müssen die institutionellen, materiellen und kulturellen Rahmenbedingungen so gestaltet

werden, das alle ihre Talente und Begabungen entwickeln und nutzen können. DIE LINKE fordert mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung und das Recht auf kostenfreie Kita-Plätze und Lernstandards für Kindertagesstätten. Sie sollen sicherstellen, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Lernvoraussetzungen erhalten, bevor sie in die Schule kommen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen und ein integratives Gesamtschulsystem einzuführen. Dieses soll sich in der personellen und materiellen Ausstattung wie auch in den Lernfeldern - intellektuelles, kognitives und musisches Lernen - an dem finnischen Bildungssystem orientieren. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür und für die Ermöglichung der Berufstätigkeit der Eltern ist die Umstellung von Halbtags- auf Ganztagschulen.

DIE LINKE will Informationsfreiheit. Sie wendet sich gegen jede Monopolbildung im Bereich der Massenmedien. Journalistische und kulturelle Vielfalt müssen durch Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den Ausbau der inneren Pressefreiheit gefördert werden. Die Verflechtung von publizistischer und politischer Macht stellt eine Gefährdung der Demokratie dar. Der "Informationskapitalismus" ist keine bloße Fiktion, sondern wird zur bedrohlichen Realität, wenn Produktion, Distribution und Speicherung von Informationen in Monopolen konzentriert werden und das kollektive Gedächtnis der Menschheit in Gestalt der Schrift und der Speicherung audio-visueller Zeichen privatisiert wird.

DIE LINKE will ein vereintes Europa. Ihr ist bewusst, dass die Verwirklichung dieser Vision nur auf einer sozialstaatlichen Grundlage gelingen kann. Das Zusammenleben der Europäerinnen und Europäer sollen Verträge und Gesetze regeln, die den Dumping-Wettbewerb zwischen den Ländern unterbinden, indem sie Mindeststandards für Grundrechte, Löhne, soziale Leistungen, Steuern und Umweltschutz vorschreiben. Die Antwort auf die Europäisierung der politischen Auseinandersetzungen und der sozialen Kämpfe ist eine europäische Linkspartei, die die politische Alternative zum Europa der Neoliberalen entwickelt.

DIE LINKE tritt in Kommunalparlamenten und Landtagen, im Bundestag, im Europäischen Parlament sowie in außerparlamentarischen Bewegungen für ihre Ziele ein. Sie widersetzt sich der neoliberalen Politik und will deren Hegemonie brechen. Dazu bedarf es einer Politik, die den Zeitgeist verändert. Protest, Mitgestaltung und Alternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen, bilden in der Arbeit der Linken eine strategische Einheit. Sie übernimmt dann Regierungsverantwortung, wenn sie die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern und alternative Entwicklungspfade öffnen kann. Sie wird aber nur unter Beachtung ihrer Grundsätze Koalitionen mit anderen Parteien eingehen. Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht privatisiert werden. Der Personalabbau in Bund, Ländern und Gemeinden muss generell gestoppt und ebenso die Kürzung sozialer Leistungen verhindert werden.

Gegen die Übermacht des Kapitals lassen sich demokratischer Fortschritt und die Verbesserung der Lebensverhältnisse für eine große Mehrheit nur in einem breiten Reformbündnis erreichen. In der ganzen Welt formiert sich Widerstand gegen den entfesselten, neoliberalen Kapitalismus. Auch in Deutschland sind alle, die ein friedlicheres, gerechteres, ökologischeres und sozialeres Zusammenleben der Menschen wollen, aufgerufen, bei der Gründung der neuen linken Partei mitzuarbeiten.

Berlin, 2. Juni 2006

**Sofortinfo
zum Treffen der Steuerungsgruppe am 07. Juni 2006**

Zu Beginn der Beratung der gemeinsamen Steuerungsgruppe der Parteivorstände der Linkspartei.PDS und der WASG fand ein Austausch über die aktuelle politische Lage sowie die Entscheidungen des Bundesschiedsgerichtes der WASG, des Landgerichtes und Landeswahlausschusses Berlin statt. Vereinbart wurde u. a., dass die Gespräche zu Berlin fortgeführt und Gespräche auf Landesvorstandsebene in Mecklenburg-Vorpommern wieder aufgenommen werden. Weiter wurde über den Stand der Wahlvorbereitungen in Niedersachsen und Bremen informiert.

Die Beratung zur weiteren Strukturierung des Parteibildungsprozesses wurde auf der Grundlage einer Vorlage aus der Linkspartei.PDS geführt. Ziel war es, die mit den Kooperationsabkommen I-III vereinbarten Verfahren und Abläufe fortzuschreiben und zu konkretisieren. Nach einer längeren Debatte und Änderungen wurde festgelegt, eine "Vereinbarung zum Prozess der Parteibildung (Verfahren und Ablaufplan)" auszuarbeiten. Mit dieser Vereinbarung wird beiden Vorständen ein Verfahrens- und Ablaufplan vorgeschlagen, der im Herbst 2006 unterzeichnet werden soll. Diese Vereinbarung wird die wichtigsten inhaltlichen und terminlichen Verabredungen auf dem Weg zu einer neuen Partei enthalten. Dazu gehören:

- Vereinbarung zum Prozess der Parteibildung; Verfahren und Ablaufplan (Herbst 2006)
- Entwurf der Gründungsdokumente (Herbst 2006) anschließende Diskussion der Gründungsdokumente in beiden Parteien
- Beschlussfassung über die Gründungsdokumente auf zwei parallel tagenden Bundesparteitagen von Linkspartei.PDS und WASG (Frühjahr 2007)
- Urabstimmung der Mitgliedschaft der beiden Parteien
- Gründungsparteitag (Mai/Juni 2007)

Die Gründungsdokumenten schließen programmatische Grundsätze, das Statut, die Finanzordnung und den Namen der neuen Partei ein.

Der von der Steuerungsgruppe verabredete Zeitplan wird den Parteivorständen zur Beschlussfassung vorgelegt. Die nächste Sitzung des Parteivorstands der Linkspartei.PDS findet am 12. Juni statt. Der WASG-Bundesvorstand tagt am 1./2. Juli.

Gegenstand der Beratungen der Steuerungsgruppe war weiter die Abstimmung der Mindestlohnkampagne in beiden Parteien und der Linksfraktion. Resümiert wurde, dass diese Kampagne bisher erfolgreich verläuft; optimiert werden muss die technische Begleitung der Kampagne und die Bereitstellung der Materialien für die Mitglieder und Interessenten vor Ort.

Es wurde über die Vorbereitungen des Protestes gegen den Bush-Besuch in Stralsund informiert. Es liegt ein Aufrufe beider Parteien vor. Es wird eine weitere Abstimmung nach dem Vorbereitungstreffen des Vorbereitungskreises der Protestaktionen erfolgen, das am 11. Juni stattfindet.

F.d.R. Volker Steinke/Helge Meves

Pressemitteilung

Vereinbarung zur Parteibildung soll im Herbst unterzeichnet werden

Eckpunkte für einen Fahrplan zur Parteibildung hat die gemeinsame Steuerungsgruppe der Linkspartei.PDS und der WASG heute beraten. Danach wird beiden Vorständen eine "Vereinbarung über den Prozess der Parteibildung" vorgeschlagen, die im Herbst 2006 unterzeichnet werden soll.

Die Vereinbarung wird die wichtigsten inhaltlichen und terminlichen Verabredungen auf dem Weg zu einer neuen Partei enthalten.

Dazu gehören:

- Entwurf der Gründungsdokumente (Herbst 2006)
- Anschließende Diskussion der Gründungsdokumente in beiden Parteien
- Beschlussfassung der Gründungsdokumente auf zwei parallel tagenden Bundesparteitag von Linkspartei.PDS und WASG (Frühjahr 2007)
- Anschließend Urabstimmung der Mitgliedschaft der beiden Parteien
- Gründungsparteitag (Mai/Juni 2007)

Zu den Gründungsdokumenten gehören programmatische Grundsätze, das Statut, die Finanzordnung und der Name der neuen Partei.

Der von der Steuerungsgruppe verabredete Zeitplan muss noch von den Parteivorständen bestätigt werden. Die nächste Sitzung des Parteivorstands der Linkspartei.PDS findet am 12. Juni statt. Der WASG-Bundesvorstand tagt am 1./2. Juli.

07. Juni 2006

Alle Kenntnisse und Erfahrungen, Fähigkeiten und Ansprüche in den Prozess der Parteibildung einbringen

Brief von Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS, und Bodo Ramelow, Beauftragter für den Parteibildungsprozess, an die Basisgruppen-Organisatorinnen und -Organisatoren sowie die Delegierten des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS

Liebe Genossinnen und Genossen, die Gründung einer neuen Linkspartei in der Bundesrepublik Deutschland, die wir gemeinsam mit der Partei "Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative" (WASG) in Angriff genommen haben, soll auf der Bundesebene im Sommer 2007 vollzogen sein. Eine Zeitleiste findet ihr in der Anlage zu diesem Brief. Wir treten jetzt in die entscheidende Phase des Parteibildungsprozesses ein. Zu dessen Verlauf und zur Teilhabe der Mitglieder werden Fragen auf Versammlungen gestellt, erreichen uns immer wieder Zuschriften und Anrufe. Wir wollen versuchen, auf die am häufigsten gestellten Fragen einzugehen.

1. Die Etappen der Parteibildung

Zurzeit wird in gemeinsamen Arbeitsgruppen beider Parteien an den Entwürfen der Gründungsdokumente - auf die wir noch zurückkommen - gearbeitet. Am 22. Oktober werden der Parteivorstand der Linkspartei.PDS und der Bundesvorstand der WASG zusammenkommen, um die Entwürfe für die Debatte in den beiden Parteien und in der Öffentlichkeit publik zu machen. Die Vorstände wollen sich in Erfurt treffen, wo vor fast zehn Jahren die "Erfurter Erklärung" verabschiedet wurde, die sicher zu jenen Traditionen zählt, in denen die neue Linkspartei verwurzelt ist.

Nach der Diskussion wollen beide Parteivorstände die - dann überarbeiteten - Entwürfe der Gründungsdokumente gleich lautend als Leitanträge an ihre Bundesparteitage einreichen.

Im März 2007 (voraussichtlich am 24./25. März, alternativ am 17./18. März - wir prüfen gerade mögliche Tagungsstätten) werden parallel in einer westdeutschen Großstadt tagende Bundesparteitage der Linkspartei.PDS und der WASG über die Gründungsdokumente für die neue Linkspartei beschließen.

Dem folgen Urabstimmungen in beiden Parteien, bei denen die Mitglieder über die Bildung der neuen Linkspartei auf Grundlage der Gründungsdokumente entscheiden.

Die Ergebnisse der Urabstimmungen werden beide Parteien (voraussichtlich am 15. Juni 2007) auf getrennten Parteitagungen zur Grundlage ihrer Beschlüsse machen. Am Tag darauf soll dann der Gründungsparteitag auf Bundesebene stattfinden, bei dem auch die Leitungsgremien der neuen Partei gewählt werden sollen. Die Parteitage im Juni 2007 werden in der Hauptstadt Berlin tagen. In den Ländern und Kreisen soll die Parteibildung bis Ende des Jahres 2007 vollzogen sein.

2. Die Gründungsdokumente

Entsprechend dem Parteiengesetz zählen zu den Partei-Gründungsdokumenten:

1. Die Programmatik.
2. Das Statut.

3. Die Finanzordnung.
4. Der Name.
5. Die Schiedsordnung.
6. Die Rahmenwahlordnung.

Die Entwürfe für die unter 1. bis 4. genannten Papiere bzw. Vorschläge sollen - siehe oben! - am 22. Oktober 2006 veröffentlicht werden. Die Entwürfe der unter 5. & 6. genannten Papiere, die wesentlich auf den zuerst genannten Dokumenten basieren, sollen spätestens Ende November 2006 öffentlich gemacht werden.

An den Entwürfen wird, wie gesagt, seit geraumer Zeit in von Linkspartei.PDS und WASG paritätisch besetzten Arbeitsgruppen gearbeitet. Die von uns in diese Gruppen delegierten Genossinnen und Genossen haben vom Parteivorstand die Aufgabe erhalten, sich vor allem an den in der Linkspartei.PDS beschlossenen Ordnungen und Regelungen zu orientieren, wobei das 2003 in Chemnitz beschlossene Parteiprogramm, unser Statut und die Orientierungen der Statutenkommission des 9. Parteitages besondere Bedeutung für die Bestimmung unserer Verhandlungspositionen haben.

Die größte Öffentlichkeit hat bisher die Arbeit der Programmgruppe gefunden. Sie hat im Februar 2006 "Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland" öffentlich gemacht. Diese von Linkspartei.PDS und WASG gemeinsam erarbeiteten und herausgegebenen Eckpunkte sollen der Bezugspunkt für die programmatische Debatte sein. Und das sind sie in erheblichem Maße auch geworden. In einem Brief an die Mitglieder der Linkspartei.PDS hatte Lothar Bisky im Mai dieses Jahres nachdrücklich zur Debatte der programmatischen Eckpunkte aufgerufen und dafür Vorschläge gemacht. Mit Standpunkten, Wortmeldungen und eigenen programmatisch-strategischen Papieren haben sich mittlerweile viele Einzelne, aber auch mehrere Gruppen und Zusammenschlüsse gemeldet. In zahlreichen Basisgruppen, Zusammenschlüssen, Kreis- und Landesverbänden fanden Veranstaltungen zu den Eckpunkten und zu anderen Papieren statt. Die gemeinsame Programmgruppe arbeitet weiter an ihrem Entwurf, berücksichtigt dabei die bisherigen Diskussionen, Vorschläge und Kritiken und wird die Eckpunkte überarbeitet vorlegen. Nach abermaliger Debatte kommt die Gründungs-Programmatik zur Beschlussfassung auf die März-Parteitage 2007. Bereits jetzt ist klar - und der Begriff "Eckpunkte" verweist darauf -, dass wir zur Gründung der neuen Partei programmatische Grundpositionen vorlegen, um so auch den Erfordernissen des Parteiengesetzes zu entsprechen. Die Programmarbeit ist jedoch damit nicht abgeschlossen. Unsere gegenwärtigen Überlegungen laufen darauf hinaus, ein erstes Parteiprogramm im Jahr 2008 zu verabschieden.

Auch die Statutengruppe von Linkspartei.PDS und WASG hat sich mittlerweile wiederholt getroffen. In vielen Punkten wurden übereinstimmende Positionen erreicht, so zum Erwerb der Mitgliedschaft durch Eintritt, zur Existenz von Zusammenschlüssen in der neuen Partei und dazu, dass alle Gremien der neuen Partei zu mindestens 50 Prozent durch Frauen besetzt werden. Völlig unstrittig ist, dass die Mitgliedschaft in der neuen Partei unvereinbar ist mit einer Mitgliedschaft in Organisationen, die faschistisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut verbreiten. Übereinstimmung besteht auch darin, dass die bisherigen Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG der neuen Partei nicht als Einzelmitglieder individuell beitreten werden. Wichtige Satzungsfragen sind noch in der Diskussion, so solche zur Struktur der künftigen Partei oder zum Delegiertenschlüssel. Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne strittige Punkte letztlich auch erst durch die Parteitage zu entscheiden sind.

Wir wollen darauf hinweisen, dass weitere Fachgruppen arbeiten, zum Beispiel zu materiell-finanziellen Fragen und zu den internationalen Parteibeziehungen. Das betrifft auch die gegenwärtige und künftige Mitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken. Natürlich hat die Parteibildung auch gewichtige rechtliche Aspekte, wozu wir mit Fachleuten im Kontakt stehen. Heute sind noch nicht alle diesbezüglichen Fragen geklärt, das betrifft auch die Parteigründung auf Länder- und Kreisebene, wozu wir aber rechtzeitig die erforderlichen Informationen herausgeben werden. Im (Parteien)- Recht der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine eindeutig belastbaren Aussagen zum möglichen Zusammenschluss zweier Parteien. Wir haben selbstverständlich juristischen Expertenrat eingeholt, der aber nicht auf direktem Wege in politisches Handeln umzusetzen ist. Wir wollen, das ist unstrittig, eine politische Neugründung. Zugleich ist es sicher verständlich, dass wir Errungenschaften unserer Partei nicht aufs Spiel setzen können, zum Beispiel die Existenz von Fraktionen auf kommunaler Ebene, in den Ländern, im Bund und in Europa, oder auch das Bestehen und die Förderung parteinaher Stiftungen. Es ist völlig klar, dass wir auf das beachtliche personelle, materielle und finanzielle Fundament unserer politischen Arbeit nicht verzichten können, das PDS und Linkspartei.PDS seit 1990 auf- und ausgebaut haben.

3. Parteibildung und Mitgliedschaft

Für uns ist völlig unstrittig: Die Bildung der neuen Partei gelingt nur dann, wenn sie von der Mitgliedschaft getragen und gestaltet wird. Dafür gibt es inzwischen ausreichend Belege in der Alltagspraxis. 2005 bekam die Parteibildung dort die größte Dynamik, wo Linkspartei.PDS und WASG den Bundestags-Wahlkampf gemeinsam konzipierten und führten. In diesem Jahr lässt sich Vergleichbares mit Blick auf die Mindestlohnkampagne sagen. Schließlich ist unsere Bundestagsfraktion DIE LINKE., in der Mitglieder beider Parteien und Parteilose zusammenarbeiten, ein wahrhaftiges Referenzprojekt für die Parteineubildung. Es ist, meinen wir, müßig darüber zu meditieren, ob sich die Parteineubildung "von oben" oder "von unten" vollzieht. Sie muss in beiden Parteien und in der gemeinsamen Aktion passieren. Und sie kann nur bundesweit geschehen - da muss in dem einen oder anderen Verband an Tempo zugelegt, andernorts vielleicht auch einmal Geduld geübt werden.

Natürlich wissen wir, dass es auch Unzufriedenheit bezogen auf die Mitarbeit an der Gesamtkonzeption der Parteibildung und an den genannten Gründungsdokumenten gibt. Manches, das sei offen gesagt, musste bisher Spezialistinnen und Spezialisten vorbehalten sein, da denken wir beispielsweise an die Ausarbeitung eines ersten Satzungsentwurfes. Anderes, etwa die Klärung spezifischer Rechtsfragen, wird weiter die Sache von Fachleuten bleiben. Natürlich wird es auch künftig Veranstaltungen mit spezifischem Charakter geben. So wollen wir am 30. September auch gemeinsam mit linken Intellektuellen, die weder Linkspartei noch WASG angehören, auf einem "ProgrammKonvent" in Hannover diskutieren, und müssen um Verständnis dafür bitten, das die räumlichen Verhältnisse am Tagungsort die Teilnahme nur gegen Einladung möglich machen.

Grundsätzlich jedoch gilt: Gerade die Arbeit an den Gründungsdokumenten muss in absehbarer Zeit noch konsequenter heraus aus den Fachzirkeln und wirklich zur Sache der Mitgliedschaften von Linkspartei.PDS und WASG werden. Wir möchten gerade euch, die Basisgruppen-Organisatorinnen und -Organisatoren und die Delegierten des Parteitages, nachdrücklich bitten, entsprechende Aktivitäten und Veranstaltungen mit auf den Weg zu bringen. Organisiert Möglichkeiten, dass Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten beider Parteien - möglichst gemeinsam! - über die Entwürfe für die

Gründungsdokumente der neuen Linkspartei diskutieren und dafür Vorschläge machen. Bringt die Erfahrungen und die Interessen unserer Linkspartei.PDS und ihrer Mitglieder in diesen Prozess ein! Hinweise, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu den Entwürfen der Gründungsdokumente bitten wir an unsere Bundesgeschäftsstelle zu richten, die sie dann an die gemeinsamen Arbeitsgruppen übergeben wird. Es wäre gut und notwendig, dass buchstäblich die ganze Partei an diesen Papieren mitschreibt und der Vorstand ein deutliches Votum der Mitgliedschaft hat, wenn er dann diese Gründungsdokumente als Leitanträge an unseren Bundesparteitag einreicht.

Die Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG haben überdies ihre Landesvorstände gebeten, im November 2006 Regionalkonferenzen zu organisieren, auf denen über die Gründungsdokumente beraten, für sie geworben und Vorschläge für deren weitere Qualifizierung entgegen genommen werden sollen. Die gemeinsame Steuerungsgruppe beider Parteien schlägt vor, dass folgende Landesverbände gemeinsame Regionalkonferenzen durchführen:

- Bayern und Sachsen,
- Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland,
- Hessen und Thüringen,
- Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen,
- Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt,
- Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Wir müssen unbedingt noch ein Wort sagen zum Thema "Information und Kommunikation". Bei der Dynamik, Vielschichtigkeit und Kompliziertheit des Parteibildungsprozesses ist es gar nicht einfach, stets auch die erforderliche Informiertheit zu ermöglichen. Wenn gelegentlich der Eindruck entsteht, hier würde "Hinterzimmerpolitik" betrieben, hat das wohl auch etwas zu tun mit Schwierigkeiten und Fehlern auf diesem Gebiet. Uns ist völlig klar, dass wir mit den zentral verfügbaren eigenen Mitteln - Internet, Disput und Pressedienst - bei weitem nicht die gesamte Mitgliedschaft erreichen. Es gibt aber keine machbare Alternative dazu, euch, die ihr zum Aktiv der Partei zählt, zu bitten, ebenso Informationen in die Basis der Partei zu tragen, wie auch den Leitungen die Vorschläge und Kritiken der Genossinnen und Genossen zu übermitteln. Das umfassendste Informationsangebot steht im Internet unter www.sozialisten.de. Auf der Startseite gibt es den Verweis auf die Rubrik "Parteibildung", in der breit zum Parteibildungsprozess informiert wird. Dort findet ihr Protokolle und Nachrichten über die Beratungen der gemeinsamen Steuerungsgruppe von Linkspartei.PDS und WASG und der gemeinsamen Fach-Arbeitsgruppen, dort sind die grundsätzlichen Beschlüsse und Vereinbarungen ebenso veröffentlicht wie diverse Diskussionspapiere.

Liebe Genossinnen und Genossen, funktionsbedingt sind wir beide viel im Land und in der Partei unterwegs. Da erleben wir hautnah, dass mit der angestrebten Parteibildung viele Erwartungen verbunden sind, es aber natürlich auch Befürchtungen und Ängste gibt. Lothar Bisky, unser Vorsitzender, hat auf mehreren Parteitag davon gesprochen, dass die Linkspartei.PDS im Zuge der Parteineubildung ihre Identität erweitern will und erweitern muss. In diesem Sinne vor allem verstehen wir die Notwendigkeit, dass sich die "alte PDS" in diesem Prozess auch selbst verändern muss. In unserem Statut, das wir zuletzt im Juli 2005 verändert haben, charakterisiert sich die Linkspartei als "die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland". Sozialismus haben wir in unserem Chemnitzer Parteiprogramm als Ziel, als Weg und als Wertesystem charakterisiert. "Sozialismus", heißt es in diesem Programm, "ist für uns ein notwendiges Ziel - eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung

der freien Entwicklung aller geworden ist." Es liegt an uns selbst, liebe Genossinnen und Genossen, uns in den Parteibildungsprozess mit allen unseren Kenntnissen und Erfahrungen, Fähigkeiten und Ansprüchen so einzubringen, dass in der Zukunft eine noch stärkere Kraft diesem Ziel zustrebt.

Wir wollen zu keiner Zeit vergessen, dass das Projekt einer neuen Linkspartei in der Bundesrepublik kein Selbstzweck ist. Wir wollen die Politik in diesem Land verändern - hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Demokratie, zu friedlicher Konfliktlösung. Wir wollen mehr Einfluss für linke emanzipatorische Kräfte, und zwar auf allen Ebenen politischen Agierens. In politischer Kooperation erzielten wir 2005 ein sehr gutes Bundestags-Wahlergebnis. Am vergangenen Wochenende erreichten Linkspartei und WASG respektable Resultate bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen und wiederholten praktisch die für uns erfolgreichen hessischen Kommunalwahlergebnisse. Wir sind zuversichtlich, dass wir uns am kommenden Sonntag über ordentliche Ergebnisse der Linkspartei.PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern freuen können, wo uns zwar nicht die Landesvorstände, sehr wohl aber viele Mitglieder der WASG mit zur Seite standen. Wenn die Regierenden in diesem Land am Thema "Mindestlohn" nicht mehr vorbeikommen, wenn sich mehr und mehr gesellschaftliche Kräfte darum Gedanken machen und dafür engagieren, so hat das viel damit zu tun, dass Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG sich über ein Mindestlohn-Konzept auf Parteitagen den Kopf zerbrachen und dafür bundesweit gemeinsam auf die Straßen gingen und gehen. Erste Zeichen nur für ein realistisches Ziel: Eine andere Politik ist möglich!

Mit solidarischen Grüßen

Dietmar Bartsch *Bodo Ramelow*

Anlage: Zeitleiste für die Parteineubildungsphase bis 2007

30.09.2006: ProgrammKonvent in Hannover

21.10.2006: Aktionstag der Gewerkschaften

22.10.2006: Gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Bundesvorstandes der WASG in Erfurt zur Verabschiedung der Entwürfe der Gründungsdokumente (Gründungs-Programmatik, Statut, Finanzordnung; Vorschlag für den Namen der neuen Partei)

01.11.2006 bis 30.11.2006: Diskussion der Gründungsdokumente an der Basis; Regionalkonferenzen

18. und 19.11.2006: Bundesparteitag der WASG

Ende November: Veröffentlichung der Entwürfe für Schiedsordnung und Rahmenwahlordnung der neuen Partei

10.12.2006 bzw. 17.12.2006: Gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS und des Bundesvorstandes der WASG in Berlin zum Beschluss und zur Veröffentlichung der Leittrträge zu den Gründungsdokumenten an die parallel tagenden Bundesparteitage im März 2007

17.03.2007 und 18.03.2007 oder 24.03.2007 und 25.03.2007: Parallel stattfindende Bundesparteitage zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente

30.03.2007 bis 18.05.2007: Urabstimmung in beiden Parteien

15.06.2007 und 16.06.2007: Gründungsparteitag mit Wahl der Gremien (Berlin); 1. Tag: parallele Parteitage von Linkspartei.PDS und WASG; 2. Tag: Gründungsparteitag der neuen Linkspartei

bis Ende 2007: Abschluss der Parteineubildung auf Länder- und Kreisebene

Programmdebatte als ein Schritt wirklicher Bewegung

Lothar Bisky, Linkspartei.PDS, vor dem Konvent von WASG und Linkspartei.PDS am 30. September in Hannover

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste!
"Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme", schrieb Marx am 5. Mai 1875 an Wilhelm Bracke. An seinem kurzen Brief hingen die Randglossen zum Gothaer Programm. Das ist Beleg genug, welchen Aufwand Marx prognostizierte, um ein neues Programm in wissenschaftlicher Hinsicht zu erarbeiten. Interessant an den Randglossen selbst ist, dass sich Marx mit dem Arbeitsbegriff und den Staatsvorstellungen des Gothaer Programms auseinandersetzte. Sachlich, geduldig, deutlich, mit einem scharfen Blick aus London auf die deutschen Verhältnisse. Seither hat sich ein großes Stück Geschichte ereignet. Die deutsche Sozialdemokratie entzweit sich im ersten Weltkrieg. Europa hat sich nach der Barbarei des deutschen Faschismus gravierend verändert. Revolutionen und Reform haben einen neuen Klang. Nachkriegsdeutschland hatte zwei Antworten gefunden. Linke in Ost und West haben differenzierte Erfahrungen mit sozialistischer Praxis und Theoriebildung, auch untereinander. 1989/90 gründen Mitglieder aus der SED heraus die Partei des demokratischen Sozialismus. Worüber wenig medial vermeldet wird, das ist der eigenständige Weg der einst staatstragenden Partei der DDR in eine sozialistische Partei der Bundesrepublik Deutschland. 2004 ist die PDS Mitbegründerin der Partei der Europäischen Linken.

Ein Jahrzehnt nach jener Zeitenwende 1989/90 entwickelt die europäische neue Sozialdemokratie mit Blair und Schröder eine Politik, die in Deutschland unter dem Namen Agenda 2010 bekannt wurde. Und noch heute, wie wir hören, ist die Agenda die Grundlage der Großen Koalition. Sie verhieß einen Aufbruch, missachtete aber innovative Grundlagen gesellschaftlicher Entwicklung, denn dazu gehört auch die Potenz des sozialen Zusammenhalts. Europaweiter Sozialabbau stand

- für die Dequalifizierung und Deklassierung vieler Menschen,
- für die Erfindung des Wettbewerbsstaats,
- für die Standortlogik in der Steuer- und Wirtschaftspolitik.

In Deutschland wurde Europapolitik ohne Volksabstimmung gemacht.

Die Antworten reichten vielen längst nicht mehr, um die kreativen Potentiale in der Bildung, den Wissenschaften, den Medien, im gesellschaftlichen Miteinander in allen Poren offen zu legen. Überdies begannen viele, gegen Armut per Gesetz zu demonstrieren und sich mit Entsolidarisierungen, mit sozialen Rissen in unserem Leben nicht einfach abzufinden. Es regte sich Widerstand bei kritischen Gewerkschaftern. Mit ehemaligen Sozialdemokraten und bewegungsorientierten Linken entstand die Partei Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, die WASG.

Es gibt große kulturelle Unterschiede zwischen der PDS und der WASG. Es gab einen Riesenerfolg bei den Bundestagswahlen 2005. Das waren die ersten Schritte zu einer gemeinsamen linken Partei, auch in Deutschland. Das Geheimnis des Erfolges 2005 lag auch darin, die Unterschiede produktiv zu machen, im gemeinsamen Wahlkampf eine gerechtere Politik zu entwerfen und konsequent zu vertreten über den Wahltag hinaus. Es ist europäische Normalität, dass die Sozialdemokratie Druck von links bekommt, damit Veränderungen unter friedlichen, demokratischen und sozialen Vorzeichen möglich werden.

Deshalb, liebe Freundinnen, Freunde, Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, um eine programmatische Debatte kommen wir nicht herum. Sie ist ein Stück des Produktivmachens unserer eigenen Verschiedenheit, unserer tatsächlich ganz unterschiedlichen Erfahrungen und unseres gemeinsamen Wollens, dass der Mensch im Mittelpunkt der Politik steht.

Mit der *programmatischen Debatte* haben wir die Chance, für uns und für andere die Frage zu beantworten:

- Warum haben sich zwei Parteien aufgemacht, eine neue linke Partei zu gründen?
- Wie ist unsere Sicht auf gesellschaftliche Konflikte im Land, in Europa, in der Welt?
- Welches sind unsere Visionen? Welche politischen Projekte stellen wir in den Mittelpunkt unseres Handelns in den nächsten 10 bis 15 Jahren?
- Und wir müssen sagen, wie und mit wem wir diese Projekte durchsetzen wollen.

1. Ich finde es nicht verwunderlich, dass die gemeinsamen Antworten noch ausbaubar und sicher auch des (Hinter-) Fragens würdig sind. Deshalb sind wir hier auf einem Konvent. Ein analytisch gearbeitetes Programm kann sich erst die neue Partei geben. Wir sind hier bei den Vorarbeiten. Und ich freue mich, dass auch Sympathisantinnen und selbst Kritiker des Projekts aus anderen Parteien zu uns gekommen sind.

Wir können unseren Parteineubildungsprozess wohl kaum mit der dürftigen Behauptung pflastern, dass bei uns der wahre demokratische Sozialismus aufgehoben ist und anderswo nicht. Wir können unseren historischen Bezug nur herstellen, indem wir selbst Sozialismustheorie weiterentwickeln im Sinne eines transformatorischen, internationalistischen Projektes. In den Eckpunkten ist diese Aufgabe formuliert, die Arbeit aber liegt noch weitgehend vor uns.

Ich habe schon vor 10 Jahren über einen libertären Sozialismus geschrieben und es sollte bei meiner Profession nicht wundern, dass meine tiefsten Impulse dabei aus kulturellen Zusammenhängen kamen. Brecht schrieb am 7. März 1941 im finnischen Exil (Arbeitsjournal 1938-1955, Berlin und Weimar 1977, S. 156): "der große Irrtum, der mich hinderte, die Lehrstückchen vom BÖSEN BAAL DEM ASSOZIALEN herzustellen, bestand in meiner Definition des Sozialismus als einer großen Ordnung. Er ist hingegen viel praktischer als große Produktion zu definieren. Produktion muß natürlich im weitesten Sinn genommen werden, und der Kampf gilt der Befreiung aller Menschen von allen Fesseln. Die Produkte können sein Brot, Lampen, Hüte, Musikstücke, Schachzüge, Wässerung, Teint, Charakter, Spiele usw.usw."

Zu einem libertären Sozialismus gehört ganz sicher, anzuerkennen, dass andere lieber Kants kategorischen Imperativ oder die Bergpredigt für wert halten, Identitätsstiftend für Lebensmaximen zu sein, die eine sozial gerechtere, demokratische und friedliche Politik begründen. Dies hat das Chemnitzer Parteiprogramm der Linkspartei herausgearbeitet und ich erwähne es, weil es auch in die Diskussion um die gemeinsamen Eckpunkte gehört.

2. Der Neugründungsprozess ist alles andere als einfach, so ist es in den Mühen der Ebene. Die Mitglieder der Programmgruppe haben am Konsensverfahren festgehalten. Das bedeutet Verzicht auf liebgewordene Formulierungen, ja auf ganze Theoriegebäude - wenn ich an die Freiheitsgüter denke-. Auf 12 Seiten fehlen manch Differenzierungen, die mit dem interessanten Dissens-Katalog der ersten Fassung eingefangen waren.

Das Ergebnis ist ein Abbild der gemeinsamen Debatte.

Als solches sollten die Eckpunkte auch gelesen werden und nicht überfrachtet, als ob wir alle Antworten auf alle Fragen hätten. Ihre unmittelbare Funktion ist daran zu messen, ob sie tauglich sind, als Entwurf für die Gründungsdokumente der neuen Partei zu dienen.

Nicht mehr und nicht weniger. Überarbeitungen eingeschlossen. Doch der Konvent, das möchte ich deutlich sagen, hat eine eigenen Funktion. Er wird Wesentliches für die Überarbeitung festhalten. Entscheidend aber wird er sein für unsere zukünftige Politik und für die Art, wie wir unsere zukünftige Politik gemeinsam entwickeln.

3. Wir müssen unser eigenes Verhältnis von Theorie und Praxis, von programmatischer Debatte und erfolgreicher Politik bestimmen. Deshalb ist der Konvent durchaus dazu geeignet, dass wir viel von einander erfahren, von der politischen Praxis bei Arbeitsloseninitiativen, im Hochschulgruppennetzwerk, in der Opposition und bei der Regierungsbeteiligung, in der Kommune und in der Bundestagsfraktion. Wir müssen uns verständigen, wie wir strategisch für ein Leben in Würde, für eine friedlichere Welt vorwärts kommen. Dabei hilft manchmal der Blick zu linken Parteien in unseren Nachbarländern, manchmal auch ein Blick auf unsere Fehler. Wie viele Ideen sind schon in unseren eigenen Mühlen versunken, wie viel Naivität legen wir manchmal an den Tag, wenn es darum geht zu begreifen, dass die Medien eine ganz eigene Rolle in der Politik spielen, ganz anders als noch vor zwei drei Jahrzehnten.

4. Damit komme ich abschließend zu einem Problem, was linke Theorie, linke Programmatik, auszeichnet. In den Eckpunkten ist die Dominanz linkskeynesianischen Denkens nicht zu übersehen. Das kann nicht falsch sein. Doch reicht dies heute aus, um gesellschaftliche Veränderungen zu begreifen, um die kreativen Potenziale zu befördern, damit Menschen überhaupt in der Lage sind, Probleme neu zu formulieren und Lösungen von sich selbst und der Politik zu verlangen. Ich bin Kultur- und Medienwissenschaftler. Da käme mir nicht in den Sinn, die Dominanz der wirtschaftlichen Sphäre, der ökonomischen Mächte abzustreiten? Trotzdem kommt mir die Rolle von Kultur, Medien, Wissenschaft und Bildung zu kurz, nicht bei den Politikfeldern selbst, sondern im Grundansatz. Gesellschaft ist immer mehr als der volkswirtschaftliche Blick, auch wenn er ein Fortschritt gegenüber dem betriebswirtschaftlichen darstellt. Nicht alle Innovationen kommen aus der Wirtschaft selbst.

Was der Markt verschlingt und was er ausspuckt, das wissen wir selbst am besten, wenn wir allein die Medienlandschaften unter die Lupe nehmen. Wir sind weit entfernt von dem, was ideal überhöht Wissensgesellschaft genannt wird. Indessen ist ein wachsendes Informationsproletariat klar erkennbar, und die Umriss einer Mediengesellschaft, in der sich die Mediokratie (die Regeln der Medien bestimmen die Regeln des Politischen) zur Gefahr für die Demokratie entwickelt, die Zeit für Problemformulierung, Aushandlung und Wirksamkeit braucht.

Das sollte uns als Linke wesentlich mehr interessieren. Dazu gehören auch die Debatten zum Verhältnis von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Das soziale Profil der Linken muss kulturell unterfüttert werden. Harald Werner hatte das neulich ganz überspitzt geschildert, als er beschrieb, dass junge Leute gar keine sozialen Fragen mehr stellen. Ihre kulturelle Erfahrung, dass sie mit klassischen sozialen Problemen - der Absicherung von Lebensrisiken - allein sind, verhindert geradezu, dass sie die - oft von der marxistischen Politischen Ökonomie - geprägten Weltansichten der älteren Linken teilen.

Darüber müssen wir uns programmatisch und strategisch Gedanken machen, nicht indem wir alles verwerfen, sondern neu zusammen denken. Wenn wir also über die "große Produktion" im Brechtschen Sinne nachdenken, dann sind wir ganz schnell bei der entscheidenden Frage, wen wir politisch ansprechen wollen, wessen Interessen eine neue linke Partei artikulieren können und wessen Interessen wir artikulieren wollen. Also, seien Sie sicher, die Debatten auf dem gemeinsamen Programmkonvent von WASG und Linkspartei.PDS werden anregend. Sie sind wirklich wichtig und ich freue mich darauf. Machen wir aus dem Programmkonvent einen Schritt wirklicher Bewegung!

Gemeinsam. Für eine neue soziale Idee!

Brief von Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, an die Mitglieder

Liebe Genossinnen und Genossen der Linkspartei.PDS, die Fundamente sind gelegt. Jetzt ist es an uns, den Parteibildungsprozess mit Schwung auszubauen, damit linke Politik an Wirkungskraft gewinnt. Die Vorstände von WASG und Linkspartei.PDS haben am 22. Oktober in Erfurt die Entwürfe der Gründungsdokumente für die neue Partei vorgelegt. Im Juni 2007 wollen wir die Türen für die Partei DIE LINKE. öffnen.

In den programmatischen Eckpunkten und im Statutentwurf haben wir folgenden Anspruch formuliert: "Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.

Wir sind uns der durch die Teilung historisch gewachsenen, kulturellen Unterschiede zwischen Ost und West bewusst und wollen sie gemeinsam für die Zukunft unseres Landes produktiv machen. Wir weisen alle Versuche, die Differenzen zu Vor- und Nachteilen einer Seite zu nutzen, zurück und wollen konsequent gesamtdeutsche Lösungen entwickeln und befördern."

Das könnte man durchaus als Leitfaden für die vielen Einzelentscheidungen verstehen, die mit den Gründungsdokumenten angeschoben wurden. Bis zum 10. Dezember haben wir Zeit für die Diskussion der Gründungsdokumente, beispielsweise auf den Regionalkonferenzen, um sie als Leitanträge an den Parteitag im März zu qualifizieren. Eure Vorschläge erwarten wir bis zum 30. November, um sie in die Leitanträge des Parteivorstandes einarbeiten zu können.

Die Programmatischen Eckpunkte sind auch in ihrer dritten Fassung kein fertiges Programm. Die Hinweise aus Basisorganisationen, Kritiken des Programmkonvents und viele Einsprüche aus Strömungen sind eingearbeitet. Das Ergebnis sind Grundlinien für einen politischen Richtungswechsel hin zu mehr Gerechtigkeit und auch offene Fragen, an die die neue Partei anknüpfen wird, wenn sie sich ihr Programm gibt.

Wir Mitglieder der Linkspartei.PDS haben das Chemnitzer Programm, die Einheit von Freiheits- und sozialen Rechten in die Waagschale geworfen. Die WASG hat ihre Ideen zur Umgestaltung des Sozialstaates, zur Schaffung von Arbeit in die Eckpunkte eingebracht. Wir verstehen uns als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und wir haben diese Vision, dieses Projekt gesellschaftlicher Veränderungen in die programmatischen Grundlinien eingraviert. Dies gehört zum Charakter der neuen Partei, zur Auseinandersetzung um gesellschaftliche Debatten, in denen deutlich wird, dass der entfesselte Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist.

Um in Ost und West linke Politik tragfähig zu gestalten, haben wir die positiven Erfahrungen mit den Arbeits- und Interessengemeinschaften und Regularien aus beiden Parteien für demokratische Entscheidungsfindungen durch die Mitglieder in den Entwurf des Statuts eingearbeitet. Wir haben gleiche Augenhöhe in der Parteibildung vereinbart. Das verlangt, die Unterschiedlichkeit produktiv zu machen und dies mit

Übergangsregelungen zu gewährleisten. Damit zeigen wir, dass wir die Lernprozesse der Pluralität, die gesamtdeutsche Verantwortung in der neuen Partei ernst nehmen und zwar nicht nach dem Vorbild der deutschen Wiedervereinigung, sondern diskriminierungsfrei für die hoffentlich schnell wachsende Zahl unserer Mitglieder insbesondere in den alten Bundesländern. Was die Zeiträume der Übergangsregelungen betrifft, bin ich Realist und sage mit meiner Lebenserfahrung, dass die Mühen der Ebene auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Partei ihre Zeit brauchen, auch wenn ich es mir anders wünschte.

Bestandteil der Gründungsdokumente ist die Bundesfinanzordnung. Im vorliegenden Entwurf werden die Erfahrungen beider Parteien aufgegriffen. Er ist darauf gerichtet, eine stabile finanzielle Basis für die neue Linke zu sichern. Dazu dient vor allem die gemeinsam abgestimmte neue Beitragstabelle, auf deren Grundlage jedes Mitglied seinen Beitrag selbst festlegt. Die Finanzordnung orientiert auf das Prinzip der Eigenfinanzierung der Landesverbände, so dass die Einnahmen, vor allem aus Mitgliedsbeiträgen, in den Landesverbänden verbleiben. Zugleich ist ein notwendiger zentraler Finanzausgleich, insbesondere zum weiteren Aufbau der Partei in den westlichen Bundesländern, vorgesehen. Der neue Bundesfinanzrat wird dabei eine besondere Verantwortung haben, notwendige Finanzentscheidungen für die Vorstände vorzubereiten.

Ich denke, es wundert sich niemand, dass der Namensvorschlag für die neue gemeinsame Partei DIE LINKE. lautet, auch wenn jetzt einige zu Recht anmerken, dass wir nicht alle Linken repräsentieren. Die gibt es, so hoffe ich, auch noch in der SPD und bei den Grünen. Doch eine parteipolitische Formation, die eine konsequente Friedenspartei ist, die Menschen ermutigt, ihre Rechte einzufordern, die die soziale Frage im 21. Jahrhundert stellt und die zutiefst internationalistisch ist, das wird DIE LINKE. in Deutschland sein und damit, liebe Genossinnen und Genossen, ist sie als Partei unverwechselbar.

Die Herkunft der neuen Partei ist in den Eckpunkten beschrieben. Ich lege Wert darauf, dass unsere Geschichte voller lebendiger Traditionen ist, dass die Erfahrungen der PDS, die Jahre der Ausgrenzung, der mutigen Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der engagierten Art, Politik zu entwickeln, die Interessen Ostdeutschlands aufzunehmen, soziale Fragen zu stellen und eine konsequente Demokratisierung zu fordern, in den Bauplan für eine gesamtdeutsche linke Partei eingeflossen sind. Deshalb steht in der Präambel sowohl der Programmatik als auch des Statuts: "Die gemeinsame Partei der Linken erhebt einen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel. Dazu brauchen wir die kritische und solidarische Auseinandersetzung mit der Geschichte linker Praxis in der DDR und der BRD. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Initiativen, der Sozialforen und Bewegungen gegen staatliche Repressionen, für die Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte. Wir knüpfen an das Engagement all jener an, die sich für die Beseitigung der Ursachen des Faschismus eingesetzt haben. Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse."

Nach der ersten gemeinsamen Vorstandssitzung hat der Vorstand der Linkspartei.PDS zum 26. November nach Berlin zu einer außerordentlichen Tagung des 10. Parteitages eingeladen. Wir wollen die Parteineubildung mit möglichst hoher Rechtssicherheit gehen, um unsere materiellen Grundlagen der Arbeit zu schützen. Schon jetzt ist unsere Partei im

Rechtssinn auch ein Verein. Das Umwandlungsgesetz, nach dem die Partieneubildung juristisch gestaltet werden soll, verlangt jetzt die Herstellung der Rechtsfähigkeit. Dafür ist eine Statutänderung notwendig.

Die nächste Station für die Verabschiedung der vorliegenden Dokumente ist der Parteitag am 24. und 25. März. Danach entscheidet ihr, jedes Mitglied, in einer Urabstimmung über das, was jetzt gemeinsam qualifiziert wird.

Die Gründungsdokumente sind wichtige Voraussetzungen für die Partieneubildung. Bei aller Streitlust um einzelne Formulierungen, um Punkt und Komma, dürfen wir aber nicht vergessen: Die Menschen messen uns nicht an unseren Papieren, sondern an unserer praktischen Politik, auf der Strasse, in der Kommune, im Bundestag, in den Landtagen, in Europa, gemeinsam mit unseren Freunden in der europäischen Linkspartei. Wir müssen der herrschenden Politik bei der Gesundheitsfinanzierung, der mangelnden Chancengleichheit in der Bildung, der schleichenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei der Debatte um wachsende Armut den Spiegel vorhalten. Armut bekämpft man nicht allein mit Geld. Bildung für alle, Jugendklubs statt Leerstand, sozialer Zusammenhalt und gegenseitige Ermutigung nach Perspektiven und Auswegen zu suchen, da können und da sollen wir Mitglieder der Linkspartei.PDS mit dabei sein.

Eine Partei des Alltags immer wieder neu zu erfinden, damit haben wir gute Erfahrungen gemacht, die werden wir im ganzen Land nutzen.

"Gemeinsam. Für eine neue soziale Idee!" So sind wir 2005 erfolgreich in den Wahlkampf gezogen. Wir haben dabei das Projekt der neuen Linken entwickelt. Heute sind wir ein Stück weiter. Ich rechne auf euch, dass wir alle gemeinsam am 16. Juni 2007 die Gründung einer gesamtdeutschen linken Partei feiern können.

Euer *Lothar Bisky*

Berlin, den 24.Oktober 2006

Eins und eins macht etwas Drittes, Neues

Brief des Beauftragten für die Parteinneubildung vom 1. November 2006

Bodo Ramelow, Beauftragter der Linkspartei.PDS für die Parteinneubildung, wandte sich am 1. November an die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteirates sowie an alle Landes- und Kreisvorstände. Der Brief wird im Folgenden dokumentiert:

Liebe Genossinnen und Genossen, in Erwägung,

- dass die Mehrheit unserer Partei die Parteinneubildung auf Basis der Verschmelzung der WASG mit der Linkspartei.PDS zur daraus entstehenden Partei mit dem Namen "DIE LINKE." will,
- dass mit diesem Prozess auch weitere Menschen motiviert werden, sich in dieser neu formierenden gesamtdeutschen Partei zu engagieren,
- dass es ein mutiger Schritt ist, aus unserer regionalen Stärke in den neuen Ländern und aus dem mutigen Schritt mit sehr westdeutscher Prägung damals eine Alternative gegen die asoziale Politik von Rot-Grün vermittels der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu gründen, gemeinsam unsere Identität zu erweitern und den Gestaltungsanspruch in der Gesellschaft in Bezug auf Gesamtdeutschland geltend zu machen,
- dass Solidarität und Gerechtigkeit Markennamen dieser sich so entwickelnden neuen Partei werden,
- dass die kapitalistische Verwertungslogik, die mittlerweile menschenverachtend tagtäglich immer neue asoziale Züge in der Gesellschaft freisetzt, wogegen wir tagespolitisch Solidarität und Gerechtigkeit setzen, aber auch in einer langfristigen Vision uns von einer sozialistischen Perspektive leiten lassen wollen,
- dass mathematisch eins und eins zwei ist, aber beim Zusammengehen zweier Parteien möglicherweise etwas Drittes, Neues und damit etwas Hoffnungsvolles entsteht,
- dass über all die Punkte, die nun mit den Gründungsdokumenten vorgelegt wurden, noch eine rege und intensive Debatte stattfinden wird,
- dass Ihr alle per Urabstimmung "Ja" sagen könnt zu dem Neuen,
- dass in dem Prozess bis zur Urabstimmung noch Positionen verschärft, verstärkt, verbessert, verändert, aber nicht in Frage gestellt werden,
- dass das Zusammengehen in dem Tempo, das nun angeschlagen wird, besser ist als die Fortsetzung endloser Streitereien,

in Erwägung all dieser vorgenannten Punkte möchte ich noch einmal persönlich meinen Dank sagen für einen intensiven gemeinsamen Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005. Mit 8,7 Prozent und einer starken Fraktion im Deutschen Bundestag endlich Themen wie den gesetzlichen Mindestlohn oder eine moderne Bürgerversicherung auf die Tagesordnung zu setzen, hat schon eine neue Qualität und ist nur erklärbar aus der gemeinsamen Kraftanstrengung aller Genossinnen und Genossen unserer Partei, aber ausdrücklich auch der Mitglieder der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit.

Aus Niederlagen Kraft entwickeln

Jede Partei erlebt Höhen und Tiefen, und erinnert sei an dieser Stelle auch an das Jahr 2002. Gleichzeitig haben wir gelernt, aus Niederlagen wieder Kraft zu entwickeln. Die Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen sowie die Europawahl waren nach der verlorenen Bundestagswahl 2002 wieder eine Erfolgsgeschichte.

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben wir Ergebnisse in

einer komplizierten Bandbreite erreicht, die eine Partei erst einmal verarbeiten muss. Gleichzeitig haben wir gemeinsam bei Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen eine Verzehnfachung der Mandate erkämpft. Längst gibt es westdeutsche Bundesländer, in denen eine Trennung zwischen WASG und Linkspartei.PDS nicht mehr spürbar ist. Zu Ende ist der Prozess aber erst, wenn wir in einer gemeinsamen Partei anfangen, die Strukturen gemeinsam zu leben. Darauf basiert der Gesamtansatz der Gründungsdokumente.

Die bevorstehende Bürgerschaftswahl in Bremen wird für uns ein wichtiger Schritt für die Parteineubildung sein. Die Weichen sind aber noch lange nicht auf Erfolg gestellt. In Bremen hapert es derzeit nicht an unserer Bereitschaft, aktiv in den Wahlkampf einzusteigen, sondern die noch nicht vollzogene Parteibildung führt jetzt zu Fallstricken, die mitten im Parteibildungsprozess noch unabsehbare, unangenehme Folgen haben können.

Wäre die Parteiverschmelzung früher gewesen, und sei es nur zwei Monate, hätten wir den Wahlantritt schon längst organisiert. Insoweit erwarten die einen mehr Zeit für Diskussionen und die anderen hoffen endlich auf die funktionale Verschränkung, damit die Konkurrenz innerhalb zweier Parteien aufhört zu wirken. Wir hoffen, dies zu lösen. Ich stehe sehr persönlich für die nun vorgelegten Gründungsdokumente ein. Ich stehe zu den Formulierungen, auch wenn ich das eine oder andere für verbesserbar halte. Ich stehe aber auch zu dem Satzungsentwurf einschließlich seiner Übergangsregelungen. Ich höre derzeit viel Kritik von FunktionsträgerInnen, die immer wieder sagen, die Übergangsregelung, zum Beispiel bei den Parteitagsmandaten, sei zu lang und zu unausgewogen, aber es fällt auch öfter der Begriff, dass die Vertretungsdelegationen bei den Parteitagsdelegierten ungerecht seien. Ich möchte mir dazu ein paar offene Worte erlauben, denn nur wenn man die Ausgangslage bedenkt, wird man spüren, warum wir uns am Schluss in der Steuerungsgruppe auf ein Verfahren verständigt haben, das ungewöhnlich, gewöhnungsbedürftig, aber trotzdem in seiner Logik nachvollziehbar ist und für die jeweiligen Bundesländer untereinander wiederum ein höheres Maß an Gerechtigkeit entwickelt, als es das bisherige Statut der PDS je garantiert hat. Im Anhang werde ich deshalb einige Tabellen mit einfügen, aus denen die Ungewöhnlichkeit mancher Entwicklung klar erkennbar wird. Bei dem jetzt gültigen PDS-Statut war die Berliner Mitgliedschaft mit rund 245 Mitgliedern zu einem Parteitagsmandat deutlich ungerechter behandelt im Verhältnis zu der Sachsen-Anhaltiner Mandatsrelation. Dort reichten circa 130 Mitglieder für ein Mandat. Setzen wir das in Relation zu Thüringen, stellen wir fest, dass Thüringen beim aktuellen Parteitag sechs Delegierte weniger hat, obwohl dort rund 1.100 Mitgliedern mehr als in Sachsen-Anhalt organisiert sind. Diese Verschiebungen und Ungerechtigkeiten resultieren aus dem Verteilungssystem über Grundmandate, das für Landesverbände mit über 2.000 Mitgliedern je zwei Delegierte für einen Kreisverband vorgeschrieben hat.

Die gleiche Ungerechtigkeit finden wir im Delegiertenkreis West. Dort hatte jedes Bundesland vier Grundmandate. Das heißt, Nordrhein-Westfalen mit aktuell 1.850 Mitgliedern wird mit vier Mandaten genauso behandelt wie das Bundesland Bremen mit 186 Mitgliedern, das für seine deutlich geringere Anzahl von Mitgliedern auch vier Mandate hatte. Alle westdeutschen Bundesländer wurden mit vier Mandaten gleichberechtigt "abgefrühstückt". Das bedeutet, dass es gar keine Motivation für Mitgliederwerbung oder ähnliches gegeben hat, denn in jedem Fall waren vier Delegierte geschützt. Würde aber das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit aktuell 1.850 Mitgliedern durch Mitgliedergewinnung in der Festlegung des nächsten Delegiertenschlüssels nach geltendem Statut der Linkspartei.PDS die 2.000er Grenze überschreiten, hätte jeder Kreisverband in NRW zwei Grundmandate.

Dies wären circa 100 Mandate. Das bezieht sich auf unser jetzt gültiges Statut und ist nicht zu verwechseln mit dem Verfahren, das wir in Zukunft anwenden wollen. Die Ungerechtigkeit ergibt sich schlicht aus dem Verteilungsverfahren der Grundmandate, das in der praktischen Wirkung den Westen und den Osten immer schon geteilt hat. Insofern ist es absurd, wenn jetzt argumentiert wird, es sei doch zutiefst ungerecht, wenn Nordrhein-Westfalen auf einmal kraft der Regelung aus der Übergangsbestimmung des neuen Status so viele Delegierte hätte wie zum Beispiel das Bundesland Berlin oder Brandenburg.

Diejenigen, die so argumentieren, sollten berücksichtigen, dass nach dem geltenden Statut Nordrhein-Westfalen sogar MEHR Delegierte als die benannten Landesverbände hätte.

Es könnte zumindest der Eindruck entstehen, dass die Grundmandatsregelung immer nur dann Gültigkeit haben soll, wenn sie den Westen vom Osten wie schon in der bisherigen PDS getrennt hat.

Von dieser Ausgangslage gab es zwei weitere Betrachtungsvarianten, die von der WASG mit in die Debatte über die neuen Delegiertenmandate eingebracht wurden. Nach dem gültigen bundesdeutschen Parteienrecht können bis zu 50 Prozent der Delegiertenmandate nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl vergeben werden.

Die SPD praktiziert dies im Verhältnis zwei Drittel nach Mitgliedern und ein Drittel nach Zweitstimmen und die FDP verteilt ihre Delegiertenmandate 50 Prozent nach Mitgliedern und 50 Prozent nach Zweitstimmen. In der beigefügten Tabelle seht Ihr, wie es sich auswirken würde, wenn wir das genauso praktizieren würden.

Tatsächlich war die Mindestbeschlusslage des Parteivorstandes in Übereinstimmung mit allen Landesvorsitzenden, dass unter keinen Umständen das Prinzip der Wählerstimmen in die Delegiertenverteilung eingeführt werden sollte. Das Argument, das mich überzeugt hat, war: Wir wollen Mitgliederpartei sein und auch die zukünftige Partei als Mitgliederpartei entwickeln. Wir wollen keine Wählerpartei werden! Ich verweise noch einmal darauf, dass das ein zulässiger Schritt wäre, der nach bundesdeutschem Wahl und Parteienrecht komplett abgesichert ist, und dies wird auch in zwei anderen Parteien, eben durch SPD und FDP, praktiziert.

Mit Ost-West-Unterschieden anders umgehen als die anderen Parteien

Ich kann diese Forderung auch deswegen nachvollziehen, weil die WASG ja auf ihren derzeitigen Parteitag auch schon mit bis zu 300 Delegierten gearbeitet hat. Aus der beiliegenden Tabelle ist ersichtlich, wie sich der derzeit gültige Parteitagdelegiertenschlüssel innerhalb der WASG auswirkt. Ich bitte alle Kreisverbände, mal darüber nachzudenken, was passieren würde, wenn die ihnen nach unserem Statut bisher zustehenden Mandate nach der Verschmelzung verschwunden wären. Deshalb mussten wir einen Weg finden, bei dem Kreis- und Landesverbände der WASG eine Chance haben, in Zukunft auf Parteitagen auch dann in Form der neuen Delegierten unserer gemeinsamen Partei wieder präsent sein zu können.

Aus diesem Grund war die WASG sehr hartnäckig in der Forderung, einen Teil der Mandate nach dem Potenzial der Zweitstimmen zu verteilen.

Letztendlich habe ich mich von einer anderen Überlegung leiten lassen. In der neuen Satzung ist das Prinzip der gesamtdeutschen Partei als unsere Vision verankert, von der Präambel an über die Regelung, dass im neuen Bundesausschuss das Thema West-Ost als wiederkehrendes Thema immer wieder entwickelt und durchdacht werden muss, bis hin zu den Regelungen für den Bundestag, bei denen wir als Partei sagen, wir wollen die unterschiedlichen Entwicklungen der Bundesrepublik Deutschland aus den

unterschiedlichen Kulturkreisen (so will ich sie einmal nennen) akzeptieren, durchdenken, zur Kenntnis nehmen und aus dem Diskussionsprozess beider Teilstaaten dann die gemeinsamen Lösungen entwickeln. Dieses setzt voraus, dass wir die unterschiedlichen Grunddaten der Gesellschaft als Ausgangslage sehen und daraus Konsequenzen ziehen - 20 Prozent Arme in der Bevölkerung als Realität im Osten und vier Prozent im Westen, die niedrigsten tariflichen Durchschnittslöhne im Osten und Bandbreiten im Westen, die von Bremerhaven bis zum Großraum München, Rhein-Main oder Düsseldorf-Köln Abweichungen bis zum Vierfachen in der Realentlohnung beinhalten.

Es ging uns also nicht um Gleichmacherei, so wie es die anderen Parteien betreiben, es ging uns auch nicht darum, dauerhaft die Teilung zu zementieren, sondern der Grundgedanke heißt, der Westen und der Osten haben sich gemeinsam etwas zu sagen und der jeweils andere sollte die Argumente durchdenken, damit in diesem Prozess das Neue entsteht. Wenn wir über Polytechnik und Polikliniken genauso selbstbewusst und selbstverständlich im Westen reden wollen, müssen wir es schaffen, dass unsere Westkollegen und Westgenossen zuhören und der Antikommunismus bei ihnen nicht schon die Schere im Kopf in Gang setzt.

Längeres gemeinsames Lernen ist so ein Punkt, den wir in allen Ostwahlkämpfen auf der Tagesordnung hatten. Nun muss es gelingen, ihn gesamtdeutsch auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Thema gesetzlicher Mindestlohn war bei westdeutschen Gewerkschaften jahrzehntelang verpönt, nun muss auch der Gewerkschaftsapparat akzeptieren, dass die Armutslöhne im Osten das Tarifgefüge völlig zerbrochen haben.

Wenn wir also, wie es in der Erfurter Erklärung vor zehn Jahren einmal geschrieben wurde, die Feindbilder in Deutschland überwinden wollen, müssen wir die unterschiedlichen Ansatzpunkte akzeptieren als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Politik. Dies findet sich als Denkansatz in der Satzung wieder, und deshalb haben wir in der Übergangsregelung in § 38 eine genaue Anzahl von Mandaten festgelegt, die im ersten Parteitag verteilt werden, indem sie hälftig für den Westen und hälftig für den Osten reserviert werden. Dann werden sie aber im Westen wie im Osten nach der Relation der tatsächlichen Mitglieder verteilt.

Wir implantieren quasi zwei ehemalige selbständige Parteitage in einen neuen, mit einer Besonderheit allerdings, denn es wird keine WASG und keine PDS mehr geben. Es wird nur noch die Landesverbände West in Relation zu den Landesverbänden Ost geben. Jetzt höre ich Stimmen, die sagen, das Ost-Mitglied sei weniger wert als das West-Mitglied und das würde als diskriminierend empfunden. Das mag so sein, wenn man tatsächlich die Teilregion West mit der Teilregion Ost addiert. Dieses Addieren haben aber alle anderen Parteien und Massenorganisationen immer schon so praktiziert, leider bisher immer zu Lasten des Ostens. Dies meinte Lothar Bisky in seinem ND-Interview mit seinem "zweiten Kulturschock".

Jetzt, wo wir aus der stabilen Größe einer gut aufgestellten Regionalpartei Ost die absolute Mehrheit bei den Mitgliedszahlen haben, verlangen wir auf einmal die klaglose Integration des Westens in den Verbund.

Das wäre eine Mitgliederrelation von 5:1. Dieses Verlangen halte ich deshalb für unredlich, weil schon jetzt in unserer bisherigen PDS-Regelung der Westen dann aufgetrumpft hätte, wenn wie es in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr zu erwarten gewesen wäre, die 2.000er Grenze überschritten worden wäre. Dann hätten wir auf Punkt und Komma unser Statut anwenden müssen und nicht außer Kraft setzen dürfen, nur weil es jetzt ein West-Landesverband ist, der den Schwellenwert überschreitet. Und damit wären wir in der eigenen Ungerechtigkeit, die wir schon jetzt im Verhältnis West-Ost und der Länder untereinander praktiziert haben.

Nicht Wähler-, sondern Mitgliederprinzip

Am 22. Oktober vereinbarten wir in Erfurt ein "Abschmelzungsmodell", nach dem die West-Landesverbände einen Anteil an den Parteitage delegierten von anfangs 42 Prozent bis 30 Prozent am Ende der Übergangsfrist haben. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich Euch, die Zahlen anzuschauen, die Modellrechnungen zu durchdenken und auch zu überlegen, ob die Vereinbarung vertretbar ist oder ob sie wirklich Anlass wäre, den Parteibildungsprozess zum Scheitern zu verurteilen. Bei einem Blick auf das Delegiertenschema unserer Partei und auf das Delegiertenschema der WASG, ist dort die unterschiedliche Achse klar zu erkennen, und ich habe mich davon leiten lassen, dass wir keine Wählerstimmen einbeziehen wollen. So haben wir einen abschmelzenden Wert in der Übergangsregelung der Satzung, wobei das Prinzip "Ein Mitglied - eine Stimme" jeweils für den West- und für den Ost-Vertretungskreis in sich stimmig und korrekt aufgeteilt wurde. Lediglich, wenn wir Ost-West zusammen denken, bekommt es eine unterschiedliche Balance.

Aber auch da sei darauf hingewiesen, dass das Saarland, als es von Frankreich in die Bundesrepublik Deutschland integriert wurde, 20 Jahre und mehr gesetzlich zugesicherte Übergangsregelung zugesprochen bekam. Als die ehemalige DDR über den Weg der flugs installierten neuen Bundesländer beigetreten war, empfanden wir es immer als Skandal und gesamtstaatlich als falsch, dass fast keine Übergangsregelungen installiert waren.

Ich erinnere mich, dass sowohl PDS als auch viele Ostvertreter anderer Organisationen dagegen immer wieder klar, deutlich und laut die Stimme erhoben haben. Sei es die Westverwaltung, die Eins zu Eins übergestülpt wurde, sei es die Ablösung der SV durch die konkurrierenden Krankenkassen, seien es die Bauvorschriften bis hin zu so unsinnigen Dingen wie die sofortige Umrüstung der DDR-Neubauten auf einen Standard, bei dem der Westen sich vorher selber 40 Jahre Zeit gegeben hatte, um auf einen solchen zu kommen. An vielen Stellen hätten wir regionalpolitisch eigene Wege ausprobieren können, wenn es gestattet worden wäre.

Ich werbe deshalb mit der gleichen Energie dafür, dass wir den Landesverbänden insgesamt in der neuen Formation nun die Chance einräumen, auch eigene Aushandlungsprozesse zu organisieren. Dazu nehmen wir in der Tat eine höhere Vertretung auf dem Parteitag in Kauf. Dies ist aber keine Ungerechtigkeit, sondern nach meinem Dafürhalten die Bedingung, damit wir einen Aushandlungsprozess in einer neuen Qualität als gesamtdeutsche Partei innerhalb unserer Strukturen organisiert bekommen. Ein Landesverband im Westen, der geprägt ist von Gewerkschaftern und vielleicht einmal, angesteckt von der Idee eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches, sich nicht mehr über die antikommunistische Aversion abhalten lässt von einer Sicht auf die DDR, wo es ein Arbeitsgesetzbuch gab, wäre doch eine echte Bereicherung.

Ein gesamtdeutsches Forderungspaket, bei dem der Unsinn der Trennung von Arbeitern, Angestellten und Beamten endlich zugunsten eines einheitlichen Dienstrechtes aufgelöst und das von allen Delegierten (West - Ost) getragen würde, wäre doch eine Vervielfachung der Multiplikatoren. Und eine Partei, die anfängt, die westdeutschen Tabus wie Trennung von Ambulant und Stationär im Gesundheitswesen anzusprechen, die selbstbewusst über neue integrierte Gesundheitsversorgungssysteme debattiert und gleichzeitig für eine moderne Bürgerversicherung eintritt, solch eine Partei wäre eine Bereicherung nicht nur für uns als Akteure, sondern für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, denn jetzt können wir mit dem Wissen und der Erfahrung, die wir mitbringen, aber auch ohne die Brille der Vorurteile über wirksame Alternativen reden.

In Erwägung all dieser Überlegungen hoffe ich, Euch anstiften zu können, dass Ihr die

Regelungen nicht nur als Kompromiss empfindet, sondern erkennt, dass wir wirklich beabsichtigen, neue Wege zu gehen. Klar gebe ich zu, dass die Übergangsregelungen mir ein oder zwei Legislaturen zu lange dauern. Andererseits muss ich sagen, die Länge war der Kompromiss, nicht die Grundlage.

Klar gebe ich zu, dass ich mir eine deutlichere Sprache in den programmatischen Eckpunkten gewünscht hätte. Und ein unproblematischer Bezug zum Chemnitzer Parteiprogramm wäre genauso wünschenswert wie ein unzweifelhaftes Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus. So, wie nach 1945 in Westdeutschland CDU-Politiker für den christlichen Sozialismus eingestanden sind, den sie als Vision getragen haben, so würde ich mir wünschen, dass wir gesamtdeutsch freudig darüber berichten, dass wir uns eine sozialistische Vision nicht nehmen lassen. Auch dieses wird reifen, und ich denke, dass die eine oder andere Formulierung im Prozess der nächsten Wochen noch verbessert wird. Ich werbe aber dafür, dass der Satzungsentwurf nicht aufgeschnürt wird, sondern dass korrigierende Entscheidungen erst von Parteitagern deutlich nach 2008 getroffen und getragen werden von dem Entscheidungswillen aller Delegierten aus ganz Deutschland.

Was Parteitage entscheiden, soll respektiert werden, was eine Verhandlungskommission erreicht, kann nur die Grundlage sein, um für alle juristischen Probleme gewappnet, den Einstieg in die neue Partei zu ermöglichen.

Eine Schlussanmerkung sei mir noch gestattet. Die Umwandlung beider Parteien vor der eigentlichen Verschmelzung in eingetragene Vereine (e. V.) ist lediglich der Rechtssicherheit geschuldet. Es besteht keine Absicht, dauerhaft den Charakter oder den Rechtsrahmen eines eingetragenen Vereins anzustreben. Das Umwandlungsgesetz zwingt uns, diesen Weg zu gehen. Da sich offenkundig die westdeutschen Altparteien nie vorstellen konnten, dass Parteien sich aufeinander zu bewegen, um daraus neue Parteien entstehen zu lassen gibt es im Parteienrecht zwar den Fusionsbegriff, aber im dazugehörigen Umwandlungsprozess ist die Möglichkeit nur eingetragenen Vereinen gestattet. Diesen Weg wollen wir beschreiten und bleiben trotzdem nach innen und außen eine aktive Partei.

Es grüßt Euch herzlich

Bodo Ramelow

Entwurf erweitern: Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus

Antrag von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine

Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei.PDS, sowie die beiden Vorsitzenden der Fraktion Die Linke. im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, haben bei den Parteivorständen der Linkspartei.PDS und der WASG beantragt, den vorliegenden Programmentwurf zu ergänzen. Mit dem Antrag soll die programmatische Richtung der neu zu bildenden Partei klarer bestimmt werden.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Antrag von Lothar Bisky, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi an die Vorstände der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG)

Hiermit beantragen wir für den Entwurf des Programms eine Streichung und eine Ergänzung.

I. Der Satz: *"Viele von uns bezeichnen diesen Zusammenhang von Ziel, Weg und Wertesystem als demokratischen Sozialismus"* in "Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland", Abschnitt I ("Gemeinsam für eine andere Politik"), sechster Absatz, wird gestrichen.

II. Nach dem Satz *"Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird, eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet"* in den "Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland" in Abschnitt I ("Gemeinsam für eine andere Politik") wird folgender Absatz eingefügt:

"Die Linke bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft ist die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation untrennbar verbunden".

Dadurch entfällt ein Absatz später die Wiederholung des letzten Satzes.

Begründung: Die vorgeschlagene Formulierung stammt aus dem "Aufruf zur Gründung einer neuen Linken" von Klaus Ernst, Felicitas Weck, Lothar Bisky, Katja Kipping, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi vom 2. Juni 2006. Diese Beschreibung fand in beiden Parteien große Zustimmung. Wir glauben, dass durch Aufnahme dieser Passage die programmatische Richtung der neu zu bildenden Partei klarer und von den Mitgliedern getragen wird.

Gregor Gysi
Oskar Lafontaine
Lothar Bisky

zitiert nach Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Beschluss der Parteitage der WASG und der Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007
in Dortmund

...

“ Präambel

Verwurzelt in der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung und dem Antifaschismus verpflichtet, den Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen nahe stehend, schöpfend aus dem Feminismus und der Ökologiebewegung, verbinden sich ihre Identität erweiternd demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und Mitglieder der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu der neuen Partei DIE LINKE mit dem Ziel, die Kräfte im Ringen um menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Nachhaltigkeit in der Entwicklung zu stärken. DIE LINKE strebt die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft an, in der die Freiheit eines jeden Bedingung für die Freiheit aller ist. Die neue LINKE ist plural und offen für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will. „

Durchführung der Urabstimmung

Beschluss der 2. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007, Dortmund

1. Die Urabstimmung zur Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS findet mit folgender Fragestellung statt:

"Stimmst du dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente zu?"

O Ja O Nein"

2. Die Urabstimmung findet statt vom 30. März bis zum 18. Mai 2007.

3. Die Auszählung der Urabstimmung erfolgt durch die Wahlkommission des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS.

4. Die Mandatsprüfungskommission des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS erfüllt zur Urabstimmung die Aufgaben einer Clearingstelle.

Der Beschluss wurde vom Parteitag einstimmig - ohne Gegenstimmen, ohne Enthaltungen - angenommen.

Verschmelzung

Beschluss der 2. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS am 24. und 25. März 2007

Der Parteitag stimmt dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS, einschließlich der 11 Anlagen, und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente zu.

Der Beschluss bedarf der Bestätigung durch eine Urabstimmung.

(Der Beschluss wurde mit den Stimmen von 96,9% der eingeschriebenen Delegierten angenommen.)

**DIE LINKE wird vieles fortführen,
was wir uns in 17 Jahren PDS erarbeitet haben**

Brief zur Urabstimmung von Lothar Bisky an die Mitglieder der Linkspartei.PDS

Liebe Genossin, lieber Genosse,

vor zwei Jahren haben wir uns gemeinsam mit der WASG auf den Weg gemacht für eine neue linke Partei. Wir wollen in Deutschland eine gesamtdeutsche linke Kraft über den Tag hinaus etablieren. Der Erfolg bei der Bundestagswahl 2005 war mit dem Versprechen an vier Millionen Wählerinnen und Wähler für mehr Druck von Links verbunden. Dieses Versprechen wollen wir einlösen.

In den vergangenen Monaten haben wir intensiv für die Partieneubildung gearbeitet. Wir mussten Abschied nehmen von Liebgewordenem und neu beginnen, für Kompromisse werben und Kompromisse schließen. Wir haben gemeinsam die Gründungsdokumente – Programmatische Eckpunkte, Bundessatzung, Bundesfinanzordnung und Schiedsordnung – erarbeitet, diskutiert und auf dem Dortmunder Parteitag beschlossen. Dabei haben wir immer betont, dass die Partieneubildung Mittel zum Zweck ist. Heute kann ich sagen: DIE LINKE ist als bundesweite Kraft spürbar. Unsere politischen Schwerpunkte sind klar auf soziale und demokratische Veränderungen der Gesellschaft gerichtet. Soziale Gerechtigkeit ist wieder ein gesellschaftliches Thema. Das zeigt sich u. a. an den aktuellen Debatten um einen gesetzlichen Mindestlohn, öffentliche Beschäftigung, Krippenplätze, Gemeinschaftsschulen, strukturschwache Regionen. Und so mancher Abgeordneter anderer Parteien hat im Bundestag gewagt, mit uns gegen den Tornado-Einsatz in Afghanistan zu stimmen.

Liebe Genossin, lieber Genosse,

eine gesamtdeutsche linke Partei, hervorgegangen aus der Partei des Demokratischen Sozialismus und der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, wirksam in Ost und West und verbunden mit der Europäischen Linken, kann und muss durch die Entscheidung der Mitglieder entstehen. Ich werbe für Deine Zustimmung zum Entwurf des Verschmelzungsvertrages und damit für die Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente. Schicke die Unterlagen schnell zurück und trage zu einem deutlichen Ergebnis der Urabstimmung bei. DIE LINKE wird vieles fortführen, was wir uns in 17 Jahren PDS erarbeitet haben. Wir haben Anerkennung erworben, weil es uns nicht gleichgültig war und ist, wenn Menschen die Chancen für ein selbst bestimmtes Leben verwehrt werden. Gegen die herrschende neoliberale Politik haben wir eine Politik der solidarischen Vernunft, der Demokratisierung und der Friedensfähigkeit gestellt. Eine klare Entscheidung für die Partei DIE LINKE wird andere ermutigen und überzeugen. Wir haben es jetzt in der Hand, dass der demokratische Sozialismus im 21. Jahrhundert ankommt, dass eine bundesweit wirksame linke Partei in Deutschland entsteht, die Teil der Europäischen Linken ist und linke Bewegungen weltweit unterstützt. Dafür werbe ich und dafür stehe ich.

Dein Lothar Bisky

30. März 2007